

# Deutsche Rundschau

## in Polen

**Bezugspreis:** In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 zl., mit Justizgeld 4.80 zl. Bei Postbezug monatl. 4.89 zl., vierteljährlich 14.66 zl. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zl. Danzig 8 zl. Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung u. c.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Heraus-Nr. 594 und 595.

früher Ostdeutsche Rundschau  
Bromberger Tageblatt

**Anzeigenpreis:** Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr. die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr. Danzig 10 bzw. 80 D. Zl. Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 50% Aufschlag. — Bei Wahlvorschrikt u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Übereitung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erreichen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Blättern wird keine Gewähr übernommen. Postleitzahlen: Posen 202157. Danzig 2528. Stettin 1847.

Nr. 35

Bromberg, Mittwoch, den 14. Februar 1934

58. Jahrg.

## Ein offenes Wort an alle, die guten Willens sind!

Der Bahnjahrespakt zwischen Polen und dem Deutschen Reich ist von uns allen aufrichtig begrüßt worden. Wir hoffen von ihm, daß nun auch für uns deutsche Menschen in unserer engeren Heimat Seiten ruhiger, ungestörter Entwicklung folgen, auf die wir bei unserer positiven Einstellung zu unserem Staat Anspruch haben. Auch die schwere Wirtschaftskrise und alle inneren Spannungen, die dieser Zeit anhaften, werden wir überdauern, wenn wir nüchtern und entschlossen den Weg der Pflicht gehen, zu der wir berufen sind. Deshalb darf es in unseren Reihen keine Zwieträchtigkeit und kein überhebliches Pharisäertum geben. Seiten besonders starker wirtschaftlicher Schwierigkeiten haben schon immer den Nährboden für Verschwörungskeime gebildet. In anderen deutschen Volksgruppen ist aus solcher Not des Tages ein verhängnisvoller Kampf aller gegen alle entbrannt, den Misstrauen, Mifgunst und üble Nachrede, vor allem aber die völlige Verkennung der politischen Gegebenheiten ermöglicht haben.

Wer aufrichtig die Volksgemeinschaft will, macht diese Methoden nicht mit, sondern hält Disziplin und leistet positive Arbeit.

Verständige Kritik ist zu loben, aber leichtfertiger Klatsch ist eines Deutschen nicht würdig. Nicht jeder ist ein Bonze, der von hundertprozentigen Nörglern dafür gehalten wird.

Bei uns sind die Männer, die bisher in der Führung gestanden haben, — Gott sei dank — keineswegs so belastet, daß man sie hinwegsehen müßt. Diese Männer, die fast alle seit den Volksratszeiten von 1919/1920 auf ihren Posten stehen, haben ihre beste Arbeitskraft und ihre besten Jahre für unser Volkstum eingesetzt. Sie haben Gefahr und Gefängnis nicht gescheut. Das soll man nicht vergessen, auch wenn man sich zu der Feststellung berufen fühlt, daß sich so oft menschliche Schwächen zeigen. Kranke und tote Äste sollen abgesägt werden, wenn der Frühling kommt; aber niemand soll von einer verantwortungsbewußten Führung erwarten, daß sie sich zu übereilten Maßnahmen drängen läßt. Hier wo jeder gute und bewährte deutsche Mann gebracht wird, und gleichwertiger Erfolg aus unseren schon allzu dünn gewordenen Reihen oft nicht zu beschaffen ist, muß jeder Wechsel doppelt bedacht, doppelt überlegt und dann auch doppelt verantwortet werden.

Das soll nicht etwa bedeuten, daß ein Amt an ein besondere Altersgrenze gebunden sein muß; den Tüchtigen auch unter den Jungen soll freie Bahn gemacht werden. Auch in früheren Jahren hat man gerade bei uns der Jugend den Weg nicht versperrt. Wir wollen aber nicht vergessen, daß drüben im Reich die Frontkämpfer-Generation an der Spitze steht, also Männer im Alter von ungefähr vierzig Jahren, und daß die noch jüngeren leitenden Kräfte durch einen langjährigen Kampf um die Idee gestählt und erüchtigt worden sind. Wie viele von uns sprechen dauernd

von Führerprinzip und Volksgemeinschaft und führen sich so auf, als ob sie ganz allein — nach dem Vorbild liberaler Parteihäuptlinge — die neue deutsche Weltanschauung gepachtet hätten. Sie schlagen ihre schöne Theorie mit einer falschen Praxis tot.

Das neue deutsche Glaubensbekenntnis, das kann ich immer wieder feststellen, ist bei uns bereits so sehr Allgemeingut geworden, daß es keinen wirklichen Widerstand mehr dagegen gibt. Wir sollen an diesem Bekenntnis wachsen, wir sollen uns und andere zu einer immer engeren Verbundenheit von Blut und Boden erziehen, aber wir sollen dieses Bekenntnis nicht dadurch verraten, daß wir uns von unverantwortlichen Elementen gegeneinander aufbringen lassen.

Wer hat den Nutzen davon? Unsere deutsche Volksgemeinschaft, der wir doch alle jung und alt, Städter und Bauer, dienen wollen, sicherlich nicht.

Keine Führung aber ist möglich ohne eine treue und disziplinierte Gefolgschaft.

Die Führung wird einen Platz neu besetzen müssen, wenn er nach ihrer Meinung nicht im rechten Geiste und Können veraltet wird. Es kann aber nicht Aufgabe der Führung sein, deutsche Menschen zurückzustossen.

Ich reiche jedem die Hand, der guten Willens ist.

Mit gutem Willen laßt uns dann gemeinsam ans Werk gehen! Der eine gibt seine Erfahrung, der andere seine Energie, der dritte seinen Glauben. Alle lernen voneinander und aus dieser gegenseitigen Erziehung erwächst das Heil unserer Gemeinschaft.

Wir sollen wir den erfolgreich begonnenen Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Not in unseren Reihen weiterführen, wenn wir nicht einig sind?

Wie sollen wir wieder wirtschaftlich gesunden, wenn wir unsere großen berufständischen Organisationen durch unsachliche oder gar übelwollende Kritik in ihrer Autorität und Leistungsfähigkeit geschwächt?

Vor allem aber dürfen wir in dieser Zeit der Not und der freudigen Bejahung der gewaltigen Einheitsbewegung in unserem Muttervolk nicht wieder in das alte deutsche Erbäbel verfallen, Parteien zu bilden, nachdem wir sie bereits vor einem Duhend Jahren überwunden hatten.

Wer sein deutsches Volk wirklich liebt, der wird mit mir diese Erscheinungen verurteilen, wo immer sie auch das Auslandsdeutschland gefährden. Er wird mit mir bereit sein, alles daran zu setzen, daß diese Gefahren vom Himmel unserer engeren Heimat gebannt werden.

Gerade vor unserer eigenen Tür muß das Wort des großen deutschen Dichters leuchten:

Wir wollen sein ein einiger Volk von Brüdern,  
In keiner Not uns trennen und Gefahr.

Erit von Wileben.

## Blutige Unruhen in Österreich.

Standrecht über Ober- und Nieder-Oesterreich. —

### Polizei im Kampf mit dem Generalstreik.

Wien, 13. Februar.

In Österreich ist es am Montag zu folgenschweren Ereignissen gekommen. Schon vor einigen Wochen wurde sowohl vom Bundeskanzler Dollfuß selbst, wie auch — und zwar allem Anschein nach unabhängig davon — von der Heimwehrführung (Alberti, Starhemberg) der Versuch unternommen, mit den Nationalsozialisten in Führung zu kommen, und dieser Umstand ließ bereits erkennen, daß die innerpolitische Entwicklung auf eine Entscheidung hindeutete. Die Rivalität zwischen Heimwehren und Christlich-sozialen wurde ganz offenkundig. Dies machte sich die Sozialdemokratie (mit ihrem Sozialistisch-Republikanischen Schutzbund) zunutze, um zu einem offenen Gegensatz anzurecken. Sie richtete in der Nacht zum Montag einen Aufruf an das österreichische Volk, der durch Flugzeittel in ganz Österreich verbreitet wurde. Die Folge davon war ein

### allgemeiner Proteststreik der Wiener Arbeiterschaft.

In den Betrieben erschienen am Montag kurz vor 12 Uhr die sozialdemokratischen Betriebsräte und teilten den Arbeitgebern mit, daß die Arbeiterschaft, einer allgemeinen Streikparole folgend, die Arbeitpunkt 12 Uhr mittags nieder-

legen werde. Der gesamte Wiener Straßenbahnenverkehr ist um Punkt 12 Uhr zum Stillstand gekommen. Die Elektrizitäts- und Gasarbeiter sind ebenfalls in den Proteststreik eingetreten. Punkt 12 Uhr setzte der elektrische Strom in der ganzen Stadt aus. Die Polizeidirektion hat eigene Strommaschinen für den telegraphischen und telefonischen Polizeidienst in Tätigkeit gesetzt. Man nimmt an, daß es sich um einen Proteststreik der Arbeiterschaft wegen der Vorgänge in Linz handelt (s. unten).

Infolge des Generalstreiks sind in der Stadt Unruhen ausgebrochen, die bereits ein Todesopfer gefordert haben. Ein Polizeiinspektor, der einem bewaffneten Demonstrationszug entgegentrat, wurde von einem Demonstranten mit dem Karabiner erschossen.

### Blutige Straßenkämpfe in Linz.

Bisher 15 Tote.

In Linz an der Donau waren gestern in verschiedenen Stadtteilen heftige Straßenkämpfe im Gange. Der angeschlagene Republikanische Schutzbund bzw. Angehörige der Sozialdemokratischen Partei und dieser nahestehende Organisationen hatten schon vor einigen Tagen eine gewaltsame Aktion vorbereitet. Im Zuge der durchgeföhrten Untersuchung nahm die Bundespolizeidirek-

tion Linz vormittag im Hotel „Schiff“, dem sozialdemokratischen Parteizentrum, eine Haussuchung vor. Im Hause befanden sich größere Kontingente des ehemaligen Republikanischen Schutzbundes, die sofort der Polizei bewaffneten Widerstand entgegensezten. Unter Herausziehung von Heeresabteilungen wurde das Gebäude im Kampf genommen, wobei ein Bundeswachbeamter getötet, mehrere Wachbeamte und Wehrmänner verletzt wurden. Die im Gebäude festgestellten Gewalttäter wurden abgeführt und den Gerichten übergeben. Auch an mehreren anderen Stellen der Stadt Linz gingen Schutzbund-Abteilungen mit bewaffneter Gewalt vor, wobei es 15 Tote gegeben haben soll. Über Linz ist das Standrecht verhängt worden. Läden und Restaurants sind geschlossen.

### Mit Artillerie und Maschinengewehren . . .

Nach amtlichen Informationen aus Linz wurde die Lage am Montag Nachmittag durch das Militär und die Polizei beherrscht. Nach einem erbitterten Kampf wurde das „Hotel Schiff“ im Sturm genommen. Gerüchten zufolge hat an den Kämpfen auch die Artillerie teilgenommen. Die sozialdemokratischen Kampftruppen waren, mit Maschinengewehren bewaffnet, in das Polizeikommissariat im Zentrum von Linz eingedrungen, wurden jedoch nach einem heissen Kampf von dort wieder vertrieben. Die Sozialdemokraten unternahmen auch einen Angriff auf die Funktion in Linz, wobei es zu einem Zusammenstoß mit Militärabteilungen kam. Auf beiden Seiten hat es viele Verwundete gegeben. Alle öffentlichen Gebäude und Privathäuser in der Stadt wurden geschlossen. Aus Berliner Quellen wird die Nachricht verbreitet, daß es in Linz auch weiterhin zu Kundgebungen und Kämpfen gekommen ist. Amtlich wird zwar versichert, daß dort die Ruhe wieder hergestellt wurde. Die Lage ist jedoch noch nicht geklärt.

### Verschärfung der Lage in Wien.

In Wien ist die elektrische Stromversorgung vollständig unterbrochen. Die Straßen sind menschenleer. Militärische Patrouillen kontrollieren die wenigen Passanten. Auf Anordnung des Kultusministers wurden sämtliche Schulen geschlossen. In der ganzen Stadt wurden die weitgehendsten Maßnahmen getroffen, um es nicht zu Straßendemonstrationen kommen zu lassen. Die Stadt macht den Eindruck eines riesigen Militärlagers. Die Vorstellungen in den Theatern und Kinos wurden abberufen. Im Stadtzentrum herrscht vollkommen Ruhe. Dagegen haben in den Abendstunden in den Arbeiter-Stadtteilen Wiens die Ausschreitungen an Umfang zugenommen. In die Vorstädte wurden bedeutende Truppenverstärkungen abkommandiert.

Es wird andauernd geschossen.

In Kreisen des Sozialdemokratischen Schutzbundes wird erklärt, daß der gegenwärtige Streik ein Akt der Sympathie für den Generalstreik in Frankreich sei. Viele sozialdemokratische Führer, die an der Streikaktion aktiv teilgenommen hatten, wurden verhaftet. Im Inneministerium tagt das Österreichische Kabinett in Permanenz. In der Stadt herrscht große Erregung. Seit den frühen Morgenstunden bildeten sich vor den Banken und Sparkassen lange Reihen von Menschen, um ihre Ersparnisse abzuheben. Die Einwohner versorgen sich schwierig mit Lebensmitteln. Die Wasseraufsuhr ist eingeschränkt.

### Die Kämpfe dauern an.

Nach einer Meldung des Deutschen Informations-Bureaus war die Lage in Wien um 9 Uhr abends nach Eintritt der Polizeistunde folgende: Die Zusammenstöße zwischen Polizei und Sozialdemokratie haben nicht aufgehört. Die Marxisten hatten viele Verluste. Dem Polizeikommissariat in einem der besetzten Polizeibezirke mußten Panzerautos mit Polizei zu Hilfe kommen. Nach unkontrollierbaren Gerüchten rotteten sich die Sozialdemokraten auch weiterhin zusammen und machten sich die Finsternis in den Straßen zunutze. Die Straßenbahner versuchten abends in Autobussen mit Gewalt in die Stadt zu gelangen. In den Abendstunden waren in den Läden keine Lebensmittel mehr zu haben. Die größte Wiener Bäckerei „Auer-Brotfabrik“ stellte den Betrieb ein, da sie von Arbeitern besetzt ist, die mit Maschinengewehren bewaffnet sind. Die Besetzung des Wiener Rathauses stand ohne Zwischenfälle statt. Auf dem Rathaus wurde die Heimwehrfahne gehisst.

### In den Wiener Vorstädten.

In den Vorstädten Wiens widelten sich spät abends an verschiedenen Punkten Zusammenstöße zwischen Sozialdemokratie und Militär ab. Im Stadtgebiet Ottakring schoß das Militär aus Maschinengewehren, und die Arbeiter leisteten bewaffneten Widerstand, wobei sie sich ebenfalls der Maschinengewehre bedienten. Dabei wurde ein Hauptmann getötet. Ähnliche Kämpfe spielten sich auf dem Simmering und in Heiligenstadt ab. Dort wurden drei Mitglieder des Schutzbundes getötet. Die Zahl der bei den Kämpfen Gefallenen und Verletzten ist amtlich noch nicht festgestellt worden. U.a. wurde um das Gemeindehaus gekämpft, das unter dem Namen Neumann-Hof bekannt ist. Der Kampf war ziemlich erbittert. Die Mitglieder des Schutzbundes hatten das

Haus besetzt und wurden erst mit vieler Mühe wieder vertrieben. Nach dem offiziellen Communiqué ist die Regierung Herr der Lage und hofft, daß die Revolte am Dienstag vollkommen niedergeschlagen wird.

Nach den letzten Meldungen aus Wien hat es in den letzten Kämpfen, nach amtlichen österreichischen Angaben, 20 Tote und 60 Verletzte auf Seiten der Regierung gegeben. Nach Informationen des Deutschen Nachrichten-Bureaus sind die Verluste aber bedeutend größer, da die amtlichen österreichischen Berichte die Zahl der auf Seiten der Marxisten Gefallenen und Verletzten nicht angegeben haben. In den späten Nachtstunden bildete

#### Der Ostbahnhof das Zentrum der Kämpfe.

Nachdem die Sozialdemokraten das Ultimatum, sich zu ergeben abgelehnt hatten, verwendete das Militär im Kampf mit den Abteilungen des Schutzbundes einen Panzerzug sowie Artillerie, wodurch es den Marxisten unmöglich gemacht wurde, in das Stadtzentrum einzudringen.

In der Provinz wurde die Ruhe wieder hergestellt. Die Mitglieder des Republikanischen Schutzbundes befinden sich, verfolgt von Militärabteilungen, auf der Flucht nach der tschechoslowakischen Grenze. Die Stadtverordneten-Versammlungen in Linz und Steiermark wurden aufgelöst.

Die Stellen, an denen in Wien noch am Dienstag vormittag gekämpft wird, befinden sich in Ottakring, Simmering und Döbling. Im Bezirk Ottakring handelt es sich um die Straßenbahn-Bauanlagen Sandleiten und um das Arbeiterheim. Hier konnte am Montag abend nur ein Tötungserfolg erzielt werden. Der Kampf ging unter fortwährendem Maschinengewehr- und Minenwerferneuer, bei Einsatz von Artillerie die ganze Nacht weiter. Gegen 8 Uhr morgens setzte verstärktes Artilleriefeuer aus zwei Haubitzen, zwei kleineren Geschützen und aus Minenwerfern ein. Auch um den Karl-Marx-Hof in Döbling wird noch immer heftig gekämpft. Auch hier spielt Artilleriefeuer die Hauptrolle. Die Geschütze sind auf einen beherrschenden Punkt, der sogenannten "Hohen Warte" aufgeschossen.

#### Verbot der Sozialdemokratischen Partei.

Wien, 13. Februar. (Eigene Meldung.) In einer Sitzung, die der Ministerrat gestern noch am späten Abend abhielt, wurde beschlossen, die Sozialdemokratische Partei aufzulösen und zu verbieten, ferner die Wiener Stadtverordneten-Versammlung aufzulösen und einen Regierungskommissar für die Bundesstadt in der Person des ehemaligen Justizministers Dr. Schmidt einzusehen. Der Vertragungszustand, der zunächst nur über Oberösterreich verhängt war, wurde auch in Niederösterreich angeordnet.

#### In Graz und Innsbruck.

Am Montag nachmittag kam es auch in Graz zu ernsten Vorfällen. Eine sozialdemokratische Schutzbundabteilung verlor eine Gendarmeriekompanie zu Fußmännern. Auch hier gab es Tote und Verletzte. Die Grazer Meldung besagt, die Schutzbündler hätten sogar versucht, den Abtransport verwundeter Gendarmen zu verhindern. Über Graz wurde danach auch das Standrecht verhängt.

In Innsbruck wurden zwischen 3 und 4 Uhr nachmittags sämtliche sozialdemokratischen Gebäude, das Parteizentrum Hotel Sonne am Hauptbahnhof, das Gewerkschaftshaus, die Arbeiterkammer, das Gebäude der sozialdemokratischen "Volkszeitung" usw. besetzt. Die Besetzung vollzog sich überall in Ruhe. Der Hauptbahnhof und andere öffentliche Gebäude sind ebenfalls mit starken Heimwehrabteilungen besetzt. Vor dem Parteizentrum Hotel Sonne bildete sich eine Ansammlung von Sozialdemokraten, die die Internationale sangen. Die Polizei räumte jedoch den Platz, wobei sie auch mit dem Gummiknüppel gegen die Demonstranten vorging. Überfallautos der Polizei und Heimwehren fahren durch die Straßen der Stadt.

#### 50 Tote im Grazer Stadtgebiet.

Wien, 13. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Die strengen militärischen Absperrungen und Kontrollmaßnahmen werden in der ganzen Stadt aufrecht erhalten. Der Straßenbahnverkehr ruht vollständig. Dagegen ist der Telefonverkehr, ebenso wie Wasser- und Gaszufuhr wieder im Gange, zum Teil auch die Elektrizitätsversorgung. Die Läden sind bis auf die Lebensmittelgeschäfte zum größten Teil geschlossen. Die Bevölkerung bewahrt große Ruhe. Artillerie- und Maschinengewehrfeuer sind ununterbrochen zu hören. Die Regierung geht jetzt mit rücksichtsloser Schärfe und mit allen vorhandenen militärischen Mitteln unter besonderem Einsatz von Artillerie und Haubitzen vor.

Nach Berichten aus Graz ist aus Enggenberg noch Artilleriefeuer zu hören. In Bruck an der Mur hatten die Truppen bereits in den späten Abendstunden die Stadt besetzt. Im Laufe der Nacht sind sie jedoch aus einigen Stadtteilen wieder verdrängt worden. Durch Einsatz erheblicher Artilleriekräfte ist die Wiedereinnahme dieser Teile gelungen. Aus dem obersteirischen Industriegebiet liegen in Graz Berichte nicht vor, da die Telefonverbindungen dorthin unterbrochen sind.

Die Gesamtverluste im Grazer Stadtgebiet wurden von den örtlichen Behörden Montag abend auf 50 Tote geschätzt.

#### Notmaßnahmen in Österreich.

Wien, 13. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Die Wiener Sitzungen sind am Dienstag infolge des Streiks in wesentlich kleinerem Umfang erschienen. Die beiden sozialdemokratischen Blätter, die "Arbeiter-Zeitung" und das "Kleine Blatt" sind nicht erschienen.

In den Morgenstunden bietet die Umgebung der Polizeidirektion das Bild starker Abspernung und Bewachung. Die Straßenbahnen und die Autobusse haben den Verkehr noch nicht wieder aufgenommen. Aus der Ferne hört man weiterhin Kanonenklang.

Das Fahrkorps der Österreichischen Front ist aufgeboten worden, um einen Verbindungsdienst aufrecht zu erhalten. Auf diese Weise sei es, wie die Österreichische Front mitteilt, gelungen, auch in den Ländern die Landesleitungen und Bezirksstellen in Verbindung zu halten, und darüber hinaus einen Relais-Dienst für das gesamte Bundesgebiet vorzusehen.

Die Österreichische Front hat ferner ein Aufgebot Arbeitsswilliger veranlaßt und sich mit der Leitung des staatlichen Arbeitsdienstes ins Einvernehmen gesetzt, um für eine ausreichende technische Not hilfe Vorsorge zu treffen. Mit ihrer Hilfe sei es gelungen, in allen staatlichen

Betrieben wie Post, Telegraphen, Bundesbahnen und der gleichen einen beschränkten Betrieb sicherzustellen.

Die Heimwehren haben ihre gesamten Kräfte mobil gemacht. Die für Dienstag einberufene Bundesföderer-Tagung, an der auch die bestreiteten vaterländischen Organisationen hätten teilnehmen sollen, ist auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

## Außenminister Beck in Moskau.

Wie aus Warschau gemeldet wird, ist der polnische Außenminister Josef Beck am Montag früh in Begleitung des Kabinettschefs im Außenministerium Roman Dmowski und seines Privatssekretärs nach Moskau abgereist. In der Gesellschaft des Außenministers befinden sich ferner seine Gattin, sowie der sowjetrussische Gesandte in Moskau Antoni Owsiejewko.

#### Ankunft in Moskau.

Moskau, 13. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Am Dienstag vormittag trafen der polnische Außenminister Beck und seine Gemahlin in Moskau ein. Der Minister und seine Gattin wurden auf dem Bahnhof von Litwinow und seiner Gemahlin, ferner von dem Vorsitzenden des Moskauer Bezirks-Vollzugs-Ausschusses Kreisinski, dem Kommandeur des Moskauer Militärbereichs Kaminsky, sowie vom gesamten Personal der Polnischen Gesandtschaft und von leitenden Beamten des Außenkommissariats empfangen.

#### Polnische Pressestimmen.

Zum ersten Male seit der Existenz des neuen polnischen Staates begibt sich ein polnischer Außenminister als Gast Russlands nach der Hauptstadt dieses Staates. Dieses Ereignis ist von ganz ungewöhnlicher Art, auch wenn man es von dem Hintergrunde eines viel längeren Beitraumes aus betrachtet, als ihn die im Kampf gegen Russland erstrittene Unabhängigkeit des jungen Polens erfüllen kann. Die ganze polnische Presse stellt sich daher in Reih und Glied, um einmütig die ungewöhnliche politische Bedeutung der Moskauer Reise des Ministers Beck zu betonen. Aber sie läßt es nicht nur dabei bewenden. Sie gibt auch — mit gleicher Einmütigkeit — dem Außenminister ein politisches Geleit in Form von Kommentaren zu dieser Moskauer Reise, von Kommentaren, die für die weite Welt bestimmt sind und in denen Durchblick gewährt werden, welche auf deutlich sichtbare Ziele hinweisen.

An erster Stelle ist der Aufsatz des außenpolitischen Leitartiklers der führenden "Gazeta Polska", des Abg. Medziński, überaus bemerkenswert. Dieser einflußreiche Politiker des Regierungslagers hatte nämlich an den Vorarbeiten zur Moskauer Reise des Ministers Beck einen sehr wesentlichen Anteil. In dem erwähnten, "Warschau-Moskau" betitelten Aufsatz führt Medziński eine wenig verschleierte Polemik gegen alle diejenigen Mächte und Faktoren in der Welt, welche lange genug an der Unwahrscheinlichkeit einer aufrichtigen und vollen Verständigung zwischen Polen und Sowjetrussland festhielten und weist auf die soeben vorausgesetzten hin, auf denen diese Verständigung aufgebaut ist.

Die Realisierung „des gegenseitigen Verstehens und Einvernehmens“ erschien — so sagt der frühere Minister — vielen Leuten in der Welt als unwahrscheinlich. Man vermutete nicht, daß die Beziehungen zwischen Polen und der Sowjetunion über eine misstrauische Korrektheit hinausgehen könnten — und zog aus dieser Meinung viele irgende Schlüsse. Man hante diese Meinung darauf, daß die polnisch-sowjetrussische Grenze anderer Natur sei, als die Grenzen zwischen anderen Staaten. Diese Grenze scheide in der Tat zwei Weltanschauungen, aber sie schiedt auch „die Gegenwart von der Vergangenheit“. Sie schließt eine Vergangenheit „vielhundertjähriger Kämpfe“ zwischen dem russischen auf Eroberung ausgehenden Staate und der polnischen Nation.

„Die Geschichte lehrt — heißt es weiter — daß in den Kämpfen zwischen der polnischen und russischen Nation keine von beiden endgültig etwas gewonnen hat.“ Die gegenwärtige Grenze „ist nicht nur das Resultat eines Ringens bewaffneter Kräfte, sondern auch das Ergebnis eines freiwillig eingegangenen Kompromisses“, wobei beide Parteien „die Ansprüche auf das Prinzip aufgegeben haben, zugunsten des Zusammenlebens.“ Der Ausgleich erstreckt sich nicht allein auf das Verhältnis zwischen den Ländern, sondern auch auf das Verhältnis zwischen „zwei Welten“. Schon im Jahre 1920 „kämpfte Polen einzig und allein um die Unabhängigkeit und die Grenzen, kämpfte aber nicht gegen die Struktur und die Doktrin (Rußlands)“ und hat alle „von außen kommenden Versuche, seinen Kampf um die eigene Existenz in eine Intervention in die inneren Angelegenheiten Russlands umzuwandeln“, „zurückgewiesen“. In dem Momenten vollends, da auf der anderen Seite der Grenze der Grundsatz angenommen wurde, die Richtigkeit des eigenen Glaubens durch Aufzutägeln und nicht durch Cavalierität zu erweisen“ — wurde das „Zusammenleben an der Grenze zweier Welten“ eine natürliche Erscheinung.

„Vom polnischen Gesichtspunkte aus ist aber der Besuch des Ministers Beck in Moskau die Feststellung einer freundlichen Gestaltung der Beziehungen zwischen Polen und der Sowjetunion gemäß den Grundsätzen der gegenseitigen Achtung. Von diesem polnischen Standpunkte aus können wir nur wünschen, daß „die gegenseitigen Beziehungen“ eine weitere Verengerung erfahren.“

„Aber“ — Nach diesem „Aber“, das Medziński an diese Stelle setzt, kommt das Wesentliche zum Ausdruck, das zur Moskauer Reise halboffiziell zu sagen war. Dieses Wesentliche, das die Gestalt einer Spiege hat, die ganz genau gegen den Biererhalt gerichtet ist, lautet:

„Aber der Besuch des Ministers Beck in Moskau hat auch eine gewisse allgemeine Bedeutung. Er ist ein Beweis, wie weit in der Welt alle geirrt haben, welche glaubten, daß man Staaten, die in Gefühl für gesichtliche Verantwortung haben, wie Objekte in einem von anderen Partnern geführten Spiele behandeln können.“

„Wenn Polen und die Sowjetunion sich in gleicher Weise zu der Wahrheit bekennen, daß keiner dieses Namens würdig Stadt ein unabhängiges Subjekt der Geschichte ist —

#### Das war nicht anders zu erwarten . . .

Paris, 13. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Der Kabinettsrat hat am Montag nachmittag sich mit der österreichischen Absicht, den Völkerbund wegen des Konflikts mit dem Deutschen Reich anzurufen, einverstanden erklärt.

dann haben sie in bedeutendem Grade zum gegenseitigen Verständnis beigetragen.“ In dieser Beleuchtung wird die Annäherung zwischen den beiden Nachbarländern das Ergebnis eines Streitens nach gemeinsamen Zielen sein, die durch die eigenen Interessen jedes der beiden Staaten dictiert werden. Ein solches gemeinsames Ziel ist „die Wahrung des Friedens“. „Eines wahren Friedens, d. h. nicht eines solchen, für dessen Wahrung man jemand aus eigener oder fremder Tasche bezahlen will“, sondern eines dauernden Friedens, dessen Erhaltung der Wille und die Kraft, die hinter ihm stehen, garantieren“.

Auch das Krakauer Blatt „Gaz“<sup>1</sup>, das konervative Organ des Regierungsblocks, gibt dem Wunsche Ausdruck, daß der Minister im Laufe seiner Gespräche mit den Leitern der sowjetrussischen Politik, deren Hauptthema die weitere Festigung der guten Beziehungen zwischen Polen und der Sowjetunion bilden müßte, folgende drei Fragen anschneide: zunächst die Lage der katholischen Kirche in Russland und vor allem die Frage des Schicksals der polnischen Geistlichen, Kirchen und Parochien in der Sowjetunion. „Wenn es“, so heißt es im „Gaz“, „Herrn Beck gelingen würde, die zuständigen Stellen davon zu überzeugen, daß eine Änderung der sowjetrussischen Politik gegenüber der katholischen Kirche in der ganzen Welt, und besonders in Polen, das Vertrauen und die Achtung zur Sowjetunion stärken würde, so hätte er sich eine ganz besondere Anerkennung verdient.“ Die zweite Frage ist die Einschränkung der kommunistischen Propaganda in Polen. Sollte dies erreicht werden, so würden die freundschaftlichen Gefühle in Polen gegenüber dem östlichen Nachbarn eine bedeutende Festigung erfahren. Die dritte Frage bezieht sich auf die Handelsbeziehungen. „Es unterliegt“, so meint der „Gaz“, „keinem Zweifel, daß eine bedeutende Belebung des Warenaustausches zwischen Polen und Sowjetrussland in hohem Maße zum Wohlstand und zur wirtschaftlichen Entwicklung der beiden Länder beitragen wird.“

#### Beck beruhigt die Baltenstaaten.

Wie lettische Blätter melden, hat der polnische Außenminister Beck im Zusammenhang mit den unbegründeten Gerüchten, es seien durch das deutsch-polnische Verständigungsbkommen die baltischen Staaten bedroht, den lettändischen und den eständischen Gesandten in Warschau zu einer längeren Unterredung gebeten. In diesen Unterredungen hat Außenminister Beck vor seiner Abreise nach Moskau noch einmal erklärt, daß das deutsch-polnische Verständigungsbkommen in keiner Weise die Interessen dritter Staaten verletze, und daß alle Gerüchte, der deutsch-polnische Pakt reiche sich gegen die baltischen Staaten, unbegründet seien.

Auch die offiziöse „Gazeta Polska“ wendet sich gegen jede Umdeutung des deutsch-polnischen Nichtangriffspakts. Das halbamtliche Blatt polemisiert sowohl gegen die Gerüchte, die in einzelnen baltischen Zeitungen über angebliche geheime Ergänzungen des Pakts aufgetaucht sind, als auch gegen Umdeutungen, in denen von einer Schwächung des polnisch-französischen Bündnisses durch die deutsch-polnische Annäherung die Rede war. Der Nichtangriffspakt bediente Frieden und nichts anderes als Frieden.

#### Revision im russischen Konsulat in Charbin.

Die polnische Presse meldet aus Moskau von einer neuen Verschärfung der Lage im Fernen Osten. Die mandschurische politische Polizei hat im sowjetrussischen Generalkonsulat in Charbin und in den Gebäuden, die der Verwaltung der ostchinesischen Eisenbahn gehören, Revisionen vorgenommen. Die Aktion leiteten höhere japanische Offiziere. Die Japaner behaupten, daß die Aktion den Schutz der Gebäude vor ihrer geplanten Sprengung durch die Weiße Gardisten zum Ziele gehabt habe. Da aber bei dieser Gelegenheit eine große Menge von Akten beschlagnahmt wurden, so wird dieser Belehrung wenig Glauben beigegeben. Das sowjetrussische Konsulat hat sich, nachdem sowohl die mandschurischen als auch die japanischen Behörden eine Genugtuung abgelehnt haben, mit der Bitte um Instruktionen nach Moskau gewandt. Die Lage gilt als sehr ernst.

#### Japan will nicht Selbstmord begehen.

Der neue japanische Botschafter in Amerika Saito traf in New York ein. Zu Pressevertretern sagte Saito, daß der Gedanke an einen japanisch-russischen Krieg Phantasie sei. Wenn Japan mit Russland Krieg führen würde, dann bediente dies den Krieg mit allen anderen Nationen einschließlich Amerikas. Japan wolle aber nicht Selbstmord begehen.

#### Selbstmord

#### eines früheren Bürgermeisters von Graudenz

Detmold, 13. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Der frühere Oberbürgermeister von Detmold, Dr. Emil Peters, ist freiwillig aus dem Leben geschieden. Dr. Peters stand im 54. Lebensjahr. Er war von 1916 bis 1919 Bürgermeister von Graudenz und wurde nach der Abtretung dieser Stadt an Polen im Jahre 1920 zum Oberbürgermeister von Detmold gewählt. Im Jahre 1931 wählte ihn die Stadtverordneten-Versammlung aufs neue für 12 Jahre zum Stadtoberhaupt. Im März 1933 trat Dr. Peters von seinem Posten zurück.

#### Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 13. Februar 1934.  
Krakau - 2,79, Rawitsch - 1,60, Warsaw - 1,36, Bielitz - 1,61, Thorn - 1,27, Koronow - 0,80, Czum - 1,27, Gaudenz - 1,27, Kurzebrat - 1,10, Biedel - 0,14, Dirschau - 0,24, Einlage - 2,54, Schlesienhorst - 2,78.

## Die erhöhte Lokalsteuer.

Die Flut von Reklamationen

Bromberg, 13. Februar.

In den letzten Wochen erlebten die Einwohner von Bromberg eine unliebsame Überraschung. In den einzelnen Stadtteilen wurde der Reihe nach die neue Bemessung der Lokalsteuer für das Jahr 1934 durch das Bromberger Finanzamt verschickt, dabei mussten alle Wohnungsinhaber die überraschende Feststellung machen, daß ihre Wohnungsmieten eigenwillig vom Finanzamt erhöht worden sind. Die Erhöhungen der Wohnungsmieten nahm das Finanzamt zu dem Zwecke vor, eine höhere Bemessung der Lokalsteuer durchführen zu können. Das Amt kümmerte sich anscheinend wenig um die Tatsache, daß als Grundlage der Lokalsteuer-Bemessung in allen Häusern die Miete von 1914 dient. Die eigenwilligen Erhöhungen sind sehr verschieden, in manchen Fällen betragen sie nur 10, in anderen aber bis zu 50 Prozent. Man kann jedoch feststellen, daß in der Stadt Bromberg die Mietgrundlage zur Bemessung der Lokalsteuer durchschnittlich um 25 Prozent erhöht worden ist, um dadurch den Gesamtbetrag der Lokalsteuer-Eingänge um etwa 25 Prozent zu heben.

Die von dieser Erhöhung betroffenen Wohnungsinhaber haben in den meisten Fällen Reklamationen eingereicht. Eine ungeheure Flut von Einspruchserhebungen ergiebt sich jetzt in das Finanzamt. Nur in wenigen Fällen scheint man von einer Berufung Abstand nehmen zu wollen.

Was soll nun das Endergebnis dieser Reklamationen sein? Fast eine ganze Stadt erhebt Widerspruch. Es sind auch in anderen Städten derartige Maßnahmen des jeweils zuständigen Finanzamtes bekannt geworden. Die Zahl dieser Städte in Posen und Pommern ist jedoch gering.

Eine rechtliche Handhabe dürfte das Bromberger Finanzamt schwerlich finden. Die Finanzbehörde versucht nun merkwürdigerweise erst jetzt, also nach dem Verlauf der Steuerbemessungen, eine Begründung ihrer Maßnahme vorzunehmen, die für die augenblicklich schweren Wirtschaftszeiten mehr als unverständlich anmutet. Es ist klar, daß einer solchen Begründung, die erst nachträglich gegeben wird, Zeichen der Schwäche anhaften müssen. Der Standpunkt der Bromberger Finanzbehörde scheint uns unhalbar, das geht schon daraus hervor, daß das Bromberger Finanzamt — wie wir von zuverlässiger Seite erfahren — von der Finanzkammer Posen eine entsprechende unterrichtende Anweisung erhalten hat, die auf Grund des Mietersturzgesetzes erhobenen Mieten bei der Bemessung der Lokalsteuer zugrunde zu legen, d. h. also keine Erhöhung vorzunehmen, wie dies das Finanzamt eigenmächtigerweise getan hat.

Vogelischerweise müste man aus dieser Unterweisung die Folgerung ziehen können, daß Reklamationen in dieser heißen Frage unbedingt Berücksichtigung finden müssten. Aber selbst, wenn alle Reklamationen nach der üblichen Barzeit ihre Berücksichtigung finden sollten, dann hat damit derjenige, der den Einspruch erhebt, noch keinen Sieg errungen. Der Steuerzahler bleibt erfahrungsgemäß bei einem Streit mit der Steuerbehörde stets im Hintertreffen. Wenn sein Einspruch als berechtigt angesehen wird, so hat er doch die ungeheuren Kosten der Reklamation zu tragen (Stempelgebühren, Schreibgebühren usw.), und nicht zuletzt trägt er die unliebsamen Kosten einer Pfändung, die später von der Steuerbehörde freigegeben werden müssen. Im Falle der Lokalsteuer erhebt fast eine ganze Stadt bekräftigterweise Einspruch. Eine ungeheure Summe an Reklamationskosten entsteht, aber eine ganze Stadtbevölkerung wird geschädigt, besonders da in vielen Fällen die Reklamationskosten nur mit Mühe und Not aufgebracht werden können. Gehört dies zum Wesen einer gesunden Steuerpolitik?

Zu befürchten ist aber — und diese Befürchtung dürfte sich auf mancherlei Erfahrungen in zahllosen anderen Fällen stützen —, daß das Finanzamt diese klare von der Posener Finanzkammer ergangene Anweisung vielleicht „aus Gründen der steuerlichen Tüchtigkeit“ umgehen wird. Manche Anzeichen deuten darauf hin, daß das Finanzamt durch neue, besonders berruhende Schätzungscommissionen, eine Neuschätzung der Wohnungen wird vornehmen lassen, die dann im Falle einer Reklamation die Mietshöhe so festsetzen dürfte, daß sie von der jetzt durch das Finanzamt vorgenommenen Erhöhung nicht sehr abweichen wird. Wer keine Reklamationen einreicht, den dürfte die Finanzbehörde als zufrieden mit seiner neuen Einschätzung ansehen.

Es ist klar, daß diese unverständliche Maßnahme der Mieterhöhungen in der ganzen Stadt Entrüstung hervorgerufen hat. Die Belastung eines jeden Bürgers durch Steuern und sonstige Gebühren ist heute ohnehin so ungewohnt, daß fast in allen Fällen die Unmöglichkeit eintritt, der steuerlichen Überbelastung überhaupt noch nachkommen zu können. Wenn aber, wie im Falle der Lokalsteuer, eine ungerechtfertigte und den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechende Erhöhung vorgenommen wird, dann darf man die Hoffnung aussprechen, daß von höherer Stelle her eine vernünftige und der Sachlage entsprechende Regelung vorgenommen wird.

## Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 13. Februar.

### Wolfig bis heiter!

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet wolkiges bis heiteres und trockenes Wetter bei Tagessemperaturen über Null und schwachen Winden an.

### Der rätselhafte Kindesmord.

Vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts hatte sich die 16jährige Landwirtstochter Stefanja Drobka aus Gromadnie, Kreis Wirsitz, wegen Kindesmordes zu verantworten. Die Angeklagte hatte mit dem 19jährigen Sohn ihres Nachbarn, Marjan Niedbalski, ein Liebesverhältnis unterhalten, das nicht ohne Folgen blieb. Am 18. Januar v. J. brachte sie im Stalle ihrer Eltern ein Kind männlichen Geschlechts zur Welt. Nach der Geburt ergriff sie das Kind und schlug es mit dem Kopf an die Wand, dann versteckte sie die Leiche im Stall hinter einer Stoffe. In den

frühen Morgenstunden nahm sie die Kindesleiche und warf sie in den nahen Fluss. Einige Tage später fand ein Landwirt beim Wasserholen aus dem Fluss die Leiche und erstattete der Polizei Anzeige, der es bald darauf gelang, die Mutter des Kindes in der Person der Angeklagten festzustellen. Die D. bekannte sich zuerst zur Tat, widerrief jedoch einige Monate später vor dem hiesigen Untersuchungsrichter ihr Geständnis und gab an, daß nicht sie, sondern ihr Liebhaber Marjan Niedbalski das Kind getötet habe. Sie habe sich selbst der Ermordung des Kindes beschuldigt, da ihr R. gedroht habe, sie zu töten, wenn sie nicht die Schuld auf sich nehme.

Diese Angaben hält die Angeklagte auch vor Gericht aufrecht. R., als Zeuge vernommen, bestreitet dagegen, irgend etwas mit dem Kindesmord zu tun gehabt zu haben. Der medizinische Sachverständige erklärt in seinem Gutachten, er halte es für ausgeschlossen, daß die Angeklagte, die von kleiner, schwächlicher Gestalt ist, nach der Geburt des Kindes noch soviel physische Kräfte besessen habe, um mit voller Kraft das Kind an die Wand zu schlagen. Die Angeklagte mußte schließlich wegen Mangels an Beweisen vom Gericht freigesprochen werden. Wer der eigentliche Mörder des Kindes war, haben auch die zahlreichen Zeugen aussagen nicht ergeben können.

Wenn ich mal ungeduldig werde,  
Denk ich an die Geduld der Mutter Erde,  
Die, wie man sagt, sich täglich dreht  
Und jährlich so wie jährlich geht.  
Bin ich denn für was andres da? —  
Ich folge der lieben Frau Mama.

Goethe.

### Selbstlos.

Für den Schwager die Strafe abzusitzen versucht hatte der 26-jährige Arbeiter Stanislaw Sliwa aus Schulitz. Der Schwager des S., der 40-jährige Jan Bydzowski, ebenfalls in Schulitz wohnhaft, war wegen eines Holzdielebstahls zu 4 Tagen Arrest verurteilt worden, die er im hiesigen Gefängnis absitzen sollte. B. machte nun seinem Schwager den Vorschlag, für ihn die Strafe abzubüßen, worauf dieser auch ohne Weiteres einging. Als S. sich am 2. November v. J. im hiesigen Gefängnis zur Verbüßung der Strafe meldete, wurde der Schindel entdeckt. Die beiden Schwäger hatten sich nun deswegen vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts zu verantworten. S. gibt vor Gericht an, daß er sich entschlossen habe, für seinen Schwager die Strafe abzusitzen, da dieser frisch war. Da er selbst arbeitslos war und seinem Schwager, bei dem er wohnte, nicht zur Last fallen wollte, so wollte er damit dem Schwager einen Gefallen erweisen. Das Gericht sprach nach Schluss der Verhandlung den S. frei, dagegen verurteilte es den B. zu 3 Monaten Arrest mit 8-jährigem Strafausschluß. — Ein Opfer, das sicherlich ein menschliches Verständnis finden muss. Es gibt Schicksale!

■ Zu einem schweren Zusammenstoß kam es gestern auf der Bahnhofstraße. In voller Fahrt stieß eine Autotaxe auf einen Kohlenwagen. Der Zusammenprall war so heftig, daß zwei Räder des Kohlenwagens vom Wagen abgerissen wurden und der Wagen selbst auf den Bürgersteig geschleudert wurde. Auch die Autotaxe wurde schwer beschädigt. Menschenleben sind glücklicherweise dabei nicht gefährdet worden.

■ Ein schwerer Verkehrsunfall ereignete sich am Sonnabend an der Ecke der Bahnhof- und Viktoriastraße. Als der 40-jährige Eisenbahner Martin Gabryszek, Tannenstraße (Golebiów) 87 die Straße überschreiten wollte, wurde er von einer Autotaxe erfaßt und zu Boden geschleudert. G. blieb bewußtlos liegen. Der Lenker der Autotaxe schaffte den Bewußtlosen sofort in das Städtische Krankenhaus, wo als Verleihung eine tiefe Kopfwunde festgestellt wurde. Wer die Schuld an diesem Verkehrsunfall trägt, konnte nicht festgestellt werden.

■ Ein Einbruch wurde in der Nacht zum Sonntag bei dem Hausbesitzer Wladyslaw Luczak, Sokola 10, verübt. Den Dieben fielen 882 Złoty in bar und Wechsel auf die Gesamtsumme von 850 Złoty in die Hände.

■ Ein Betrüger, mit dem sich die Gerichte schon des öfteren zu beschäftigen hatten und der bereits mehrfach verstrafen ist, hatte sich vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts zu verantworten. Der Angeklagte, der zurzeit in Thorn eine längere Gefängnisstrafe abzusitzen hat, wurde zur Verhandlung dem hiesigen Gericht vorgeführt. Fröhlich sei, der Vater des Angeklagten, der gleichfalls den Vornamen Aleksander führt, hatte außer in Sypniewo noch eine zweite Landwirtschaft in Krusaki, Kreis Kolmar, die er seinem Sohne verschrieb. Der Angeklagte, der einen leichtsinnigen Lebenswandel führte und sich in steter Geldverlegenheit befand, betrieb in der gewissenlosen Weise mit dieser Landwirtschaft einen schwunghaften Handel. So gelang es ihm im Jahre 1927, seine Wirtschaft zweimal hintereinander zu verkaufen und die Käufer um unfehlbare Geldbeträge zu schädigen. Für diese beiden Beträgerien wurde er später zu 2 Jahren und 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Hauptcoup gelang dem Betrüger jedoch im Februar 1928. Als Käufer meldeten sich damals bei dem Angeklagten die Cheleute Johann und Josephine Amering. Da ihnen die Landwirtschaft gefiel, entschlossen sie sich, die zu kaufen. Am 9. Februar 1928 wurde bei einem hiesigen Notar der Verkaufsvertrag abgeschlossen, worauf die Käufer dem Angeklagten die Kaufsumme in voller Höhe von 23 000 Złoty in bar auszahlten. Der abgesetzte Betrüger verschwieg den neuen Käufern, daß er dieselbe Landwirtschaft bereits einen Monat vorher an den Landwirt Wawrzyn Bloch verkauft hatte. Bloch, gestützt auf das Erstverkaufsrecht, erreichte die Übereignung der Landwirtschaft und verkaufte diese dann weiter an eine Frau Karoline Klimke. Die bedauernswerten Cheleute Amering hatten durch die betrügerischen Manipulationen des Angeklagten ihr gesamtes erspartes Vermögen verloren. Die jetzige Besitzerin des Grundstückes, Frau Klimke, hatte jedoch Mitleid mit den verarmten, um ihr Vermögen gebrachten Cheleuten und nahm sie bei sich auf. Der Ange-

klagte, den der Staatsanwalt als ein für die Menschheit schädliches Subjekt bezeichnet und für seine Beträgerien strenge Bestrafung verlangt, wurde vom Gericht zu 5 Jahren Gefängnis und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für die Dauer von 10 Jahren verurteilt.

■ Im Städtischen Fundamt in der Burgstraße (Grodzka) Nr. 25, Zimmer 19, sind folgende Gegenstände als gefunden abgegeben worden: 1 Koffer mit Inhalt, Hausschlüssel, Geld und Personalausweise auf den Namen Alexander Pieczyński lautend. Die rechtmäßigen Eigentümer können in den Amtsständen ihre verlorenen Gegenstände in Empfang nehmen.

### Turn- und Sportfest

der deutschen Sportvereine der Stadt Posen.

Der im Jahre 1933 vollzogene Zusammenschluß der hiesigen deutschen Turn- und Sportvereine: Männer-Turnverein Posen, Ruderverein „Germania“, 1. Posen-Schwimmverein, Radfahrerverein Posen, Sportklub Poznań und Ruderklub Neptune zu einem losen Sportverein fand zum ersten Male ihren sichtbaren Ausdruck vor der großen Öffentlichkeit durch ein anläßlich des 75-jährigen Bestehens des Männer-Turnvereins zum Besten der Winterhilfe am letzten Sonntag veranstaltetes Turn- und Sportfest, ein Fest der turnerischen und sportlichen Arbeit. Selbst wer mit den höchsten Erwartungen im Handwerkerhause erschien war, hat sicherlich keine Enttäuschung erlebt. Schon der Andrang, richtiger der Ansturm, den die 4. Nachmittagsstunde mit seinen rund 2000 Personen aus Posen und aus der ganzen ehemaligen Provinz Posen brachte, war ein erfreuliches Bild. Der rund 1200 Personen fassende größte Saal Posens war von sitzenden und zum großen Teil in drangvoll fürchterlicher Enge stehenden erloschenen beiderlei Geschlechts, besonders unserer sportliebenden Jugend, bis in den letzten Winkel besetzt. Als Ehrengäste wohnten Generalconsul Dr. Büttgens mit Gemahlin, Konsul Frhr. Tucher von Simmelsdorf, der betagte Sportfreund und Ehrenvorsitzende des Männerturnvereins Kommerzienrat Stiller, ferner Rittergutsbesitzer von Wöhleben, Studiendirektor Dr. Hildt, Kommissariatsrat Heinrich Domherr Professor Stauer usw. den sportlichen Veranstaltungen bei. Die Darbietungen, die sich in einem schönen Rahmen abspielten, ernteten nicht endenwollende Beifallsstürme. Gleich der Einmarsch der rund 150 Personen aller Abteilungen mit ihren Fahnen und Bannern bot ein entzückendes Bild.

In seiner fein durchdachten Ansprache rief der Sportwart, Bankdirektor Lemert („Germania“), die froh bewegte Menge mit sich. Es folgten die Vorführungen einer Körperschule von 45 Turnern verschiedener Turnabteilungen, ein prächtiger Reigen der Radfahrer und halsbrecherische, aber durchweg exalte Sprünge am hohen Pferd. Im zweiten Teile erlebte man ein glänzendes Radfahrerquartett, spannende Übungen und Spiele mit Medizinbällen, vor treffliches Gruppenturnen an drei Pferden, Ping-Pong-Spiele und ein vom Publikum mit ganz besonderem Beifall aufgenommenes Radballspiel. Der 3. Programmteil war ausschließlich den Turnerinnen und Turnerinnen des Jubilvereins vorbehalten. Es seien Bodengymnastik und Kürfreibungen, das Kunstturnen am Barren und das am Neck hervorgehoben, alles verriet eine ausgezeichnete turnerische Durchbildung der Körper und vor treffliche Selbststudiäzipin. Als Sieger ging Rudolf Weiß mit 203 Punkten hervor; als Preis erhielt er eine Statue des Diskuswerfers. Die Darbietungen der Turnerinnen bei den Stuttgarter Freiübungen, wie bei den Stabübungen und beim Pierottanz gefestigt durch die Anmut der ausübenden Sportdamen. Als das Programm um 8 Uhr eröffnet war, wollte der Beifall kein Ende nehmen. Nach einer kurzen Pause begann der Tanz, dem sich namenlich die Jugend mit Eifer und Anstander bis zum grauenden Morgen hingab.

□ Crone (Koronowo), 12. Februar. Kürzlich brach auf bisher ungellärte Weise bei dem Besitzer Schulz in Olsz. Konf. Feuer aus, wodurch zwei Viehställe und eine Scheune eingeebnet wurden. Außerdem ist eine Menge ungedroschenen Getreides dem Feuer zum Opfer gefallen, nur ein kleiner Teil der Maschinen konnte gerettet werden. Der Schaden ist teilweise durch Versicherung gedeckt. Bereits am Tage vorher war Feuer ausgebrochen, konnte aber noch rechtzeitig gelöscht werden. Es liegt Brandstiftung vor.

Am 11. d. M. fand im Saale Sonnenberg ein kostümfest zum Besten der Armen statt, das vom hiesigen Deutschen Frauenverein veranstaltet wurde. Bei Humor und Tanz blieben Jung und Alt recht lange beisammen.

■ Gnesen (Gniezno), 8. Februar. Am 12., 13. und 14. d. M. findet in Gnesen ein Vieh- und Pferdemarkt statt.

Am hellen Tage wurden dem Dienstmädchen des Komorksi, wohnhaft in Gnesen, ulica Króla Jana Sobieskiego Nr. 1, eine Damenarmbanduhr, ein Ring und 25 Złoty in bar gestohlen. Die Täter sind entkommen.

Eingebrungen wurde in das Lebensmittelgeschäft Florjan Nowicki, Posenerstraße Nr. 21. Die Diebe erbeuteten mehrere Flaschen Wein, Schokoladen, Seife und Bonbon im Werte von 560 Złoty. Von den Tätern fehlt jede Spur.

■ Nowocin, 11. Februar. Von neuem stand vor den Schranken des hiesigen Bürgergerichts ein Kirchenschänder, der Warschauer Einwohner Stanislaw Kozał, von Beruf Friseur, der aus der Strafanstalt Rawitsch, wo er wegen ähnlicher Vergehen eine Strafe abzubüßen hat, hierher überführt wurde. Der Angeklagte war in die hiesige Nikolaikirche eingedrungen und hatte dort drei Opferkästen demoliert und ausgeplündert. Am nächsten Tage drang er in die evangelische Kirche ein, ohne jedoch Nennenswertes mitzunehmen. In Bromberg konnte Kozał verhaftet werden; man fand bei ihm eine größere Menge Bijouterien und kirchliche Gegenstände. Er leugnet zwar die ihm zur Last gelegten Verbrechen, doch wurde seine Schuld durch die Fingerabdrücke nachgewiesen. Das Gericht verurteilte Kozał zu zwei Jahren Gefängnis und 80 Złoty Geldstrafe.

In dem in der Nähe gelegenen Dorf Stanomin herrschte einiger Zeit eine Scharlach- und Diphtheritis-Epidemie, die bereits zwei Todesopfer gefordert hat.

Chef-Redakteur: Gottbold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströse; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: J. B. Arno Ströse; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Brzegodalski; Druck und Verlag von A. Dittmann & C. o. v. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich der „Hausfreund“ Nr. 35

Nach Gottes unerforschlichem Rat-  
schluß entschließt sanft nach langem  
schweren Leiden mein lieber Mann,  
unter guter Vater, Schwieger- und  
Großvater

**Karl Schmidt**  
im Alter von 64 Jahren.

Dies zeigen schmerzerfüllt an  
die trauernden Hinterbliebenen.  
Bydgoszcz, den 11. Februar 1934.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem  
14. Februar, nachm. 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des neuen engl. Friedhofes aus statt.

Nehmen Sie die billigen Monate

der  
**Gazownia Miejska**

vom 1. Februar bis 30. April 1934  
wahr.

Bedeutende Ermäßigungen

Nähere Informationen: Tel. 630, 631, 784

Unentgeltliche Beratung  
betreffend Röthen auf Gas.

**Daßbilder**  
6 Stück sofort mit 175  
zunehmen  
nur Gdańsk 27 Tel. 120  
Inh.: A. Rüdiger. 1371

Alle Sorten Räse  
Rötherwaren, Marinaden

liefert per Post und Bahn  
August Latte  
Rösesfabrik und Großhandlung  
Bydgoszcz Telefon 1108

Preislisten gratis. 1717

**FLIESEN**  
weiß und farbig glasiert für Wandbeläge,  
Steinzeugfußbodenplatten u. Korkplatten  
liefert mit lachmännischer Ausführung  
**Feliks Pietraszewski,**  
Bydgoszcz, Reja 4, Tel. 2229. 879

**Gessügelhof Sławiłowo** Post Ostalzow  
nimmt jederzeit Hühnerzüchter zur Lohnarbeit. Einlegegebühr je Ei 15 gr. Schläpfegebühr je Küken 5 gr. Verlauf von Bruteiern: weiß, amerik. Leghorn 25 gr. Eintagsküken 80 gr. Rose Rhodénder je Ei 30 gr. Eintagsküken 90 gr. engl. Sulzje je Ei 80 gr. Eintagsküken 1.60 zl. Bruteier gelb. Orpingtonenten je 60 gr. Versand nur geg. Nachn. ob. Vereinlend. d. Betr. 123

**Fa. Fr. Hartmann, Oborniki**  
Gartenbaubetrieb und Samenhandlung  
offeriert

**Feld-, Gemüse- und Blumensamen**  
für Gärtnerei und Landwirtschaft

Spezialität:

Beste erprobte Markt- und  
Frühgemüse, Futter-Rüb.,  
Eckendorf, Riesen-Walz.,  
Futtermöhren, Wruken

u. dergl.

Gemüse- u. Blum.-Samen

in kolorierten Tüten.

**Obstbäume** in besien-

Sorten, Beeren - Sträucher, Zier-

sträucher und mehrere

tausend Mahonienpflanzen,

Erdbeer-, Spargel- und

Rhabarberpflanzen.

**Rosen** la Hochstamm,

Frühjahrsbl.-Stauden u.

ausdauernde Stauden z. Schnitt.

Massenvorräte Edel-Dahlien in

ca. 100 Prachtsorten. Gladiol.

neueste amerikan. Riesen.

N. B. Günstige Gelegenheit für

Wiederverkäufer und größeren Bedarf.

Der Betrieb umfaßt etwa 75 Morgen.

Das neue illustr. Preisverzeichnis gratis.

**Magazin-Browning 6 mm.**

mit selbsttätig.  
Hülsenauswurf nach jed. Schuß

zischiger mit

Metallkugeln

od. Schrot auf

Vögel, Patent

Nr. 2295 sichert

persönl. Schutz.

Preis mit ele-

gantem Futerl Zt. 6,95 (zam 52.-). Waffen-

schein nicht erforderl. Automat, 7-schüssig.

Zt. 15,95. 100 Alarmschallmetallp. ronen Zt. 3,65. Ver-

sendung per Posinachnahme. Adresse: PRZEDST.

FABR. BR. i. AMUN. „MAGAZNA 7, SZWAJCARSKA!“

Warszawa, 1719

Heute, Dienstag, Premiere!

Ein großer Erfolgs-

schlager der Ufa! Ein köstliches Lustspiel von

unglaublichen Verwicklungen, Kaskaden von

komischen Einfällen u. Überraschungen. Ein Film

aus der Welt, in der man sich nicht langweilt.

# Stoffe

Nur bei KUTSCHKE  
Inhaber: Fritz Steinborn 1203  
Tel. 1101 Bydgoszcz Gdańsk 3.

für Damen- und Herrenbekleidung  
reell, gut und preiswert

**Sera della**  
letzte Ernte auch in kleinen Mengen gibt  
billigst ab 1696  
Ein- u. Verkaufsgenossenschaft Irzemesno.  
Telefon 29. 1696

Original Futterrübensamen

## Substantia

Großer Ernteertrag, hoher Gehalt an  
Nährstoffen sowie vorzügl. Haltbarkeit  
sind die allgemein anerkannten  
Vorzüge unserer seit 1900 sys-  
tematisch gezüchteten Futterrübe.

Preis 75 zt für 50 kg ab Station ŚRODA

Wiederverkäufer erhalten Rabatt 1685

Saatzuchtwirtschaft Ślupia-Wielka p. Środa

## Erfolgr. Unterricht

i. Englisch u. Französisch  
extern L. u. A. Garbacz, Cieszkowskiego 24, 1 lts.  
(früh. 11). Französisch-  
englische Ueberlegung.  
Langjähr. Aufenth. in  
England u. Frankreich.

## Rechts-

### angelegenheiten

wie Straf-, Prozeß-,  
Hypothesen-, Aufwer-  
fungs-, Erbschafts-,  
Gesellschafts-, Miets-,  
Steuer-, Administra-  
tionssachen usw. be-  
arbeitet, treibt Forde-  
rungen ein und erteilt  
Rechtsberatung.

## St. Banaszak

obrońska prywatny  
Bydgoszcz ul. Cieszkowskiego 4  
Telefon 1304.

Über- Buchführung  
stundenweise 1625  
ul. Toruńska 49, Wg. 2.

**Wäsche-Nähkurse**  
an eigen. Wäsche ert.  
Wäsche-Utel. Hasse,  
Marz. Focha 26. 5787

**Hauschneiderin**  
empf. sich f. Neuanset-  
zung und Ausbesserun-  
gen. Dff. u. A. 808a d. Gt. 3.

**Maschin.-Striderei**  
schon für das Frühjahr  
billig bei Frau BOY,  
Gdańsk 32. Dasselbe  
Stridemaschine zu ver-  
kaufen.

846

**Schide und gutzündende**  
**Kleider, Mäntel und Röstüme**  
werden gefertigt. 865  
Legielska 42. 1.

**Eiserne Bettstellen**  
und Matratzen 862

empfiehlt

**F. Kreski**  
ul. Gdańsk 9.

Gebläte Wäsche-Aus-

besserin und Stopferin,  
die auch gut Kindern  
billig näht. bitte um Arbeit, geht auch  
gern aufs Land. 1829

Frau FRANT.

Krednia 3, Wohng. 3.

1695

N. B. Günstige Gelegenheit für

Wiederverkäufer und größeren Bedarf.

Der Betrieb umfaßt etwa 75 Morgen.

Das neue illustr. Preisverzeichnis gratis.

1719

1720

1721

1722

1723

1724

1725

1726

1727

1728

1729

1730

1731

1732

1733

1734

1735

1736

1737

1738

1739

1740

1741

1742

1743

1744

1745

1746

1747

1748

1749

1750

1751

1752

1753

1754

1755

1756

1757

1758

1759

1760

1761

1762

1763

1764

1765

1766

1767

1768

1769

1770

1771

1772

1773

1774

1775

1776

1777

1778

1779

1780

1781

1782

1783

1784

1785



\* Lublin (Lubawa), 18. Februar. Die Freiwillige Feuerwehr hielt dieser Tage ihre Hauptversammlung ab. Zunächst gedachte man des verstorbenen Mitglieds S. Kuberski, der seit dem Gründungsjahr 1895 ununterbrochen der Feuerwehr angehört hat. Wie der Schriftführer mitteilte, gab es im vergangenen Jahre 4 Brände innerhalb und 2 Brände außerhalb der Stadt. Die Wehr besitzt ein Auto, eine Motorpumpe, eine gewöhnliche und eine Handfeuerpumpe und ist mit neuzeitlichen Rettungsgeräten ausgerüstet. Die Einnahmen betrugen 918 Złoty, die Ausgaben 1053 Złoty, der Fehlbetrag wurde durch Überschuss von 1932 gedeckt. Von der Feuerversicherungsanstalt erhielt die Wehr einen Betrag von 500 Złoty. Die Kassenbücher wurden in Ordnung befunden und dem Vorstand Entlastung erteilt.

Am Mittwoch, 21. d. M., findet hier die Abnahme von Baconschweinen statt. Beim letzten Auftrieb am 8. d. M. wurden für Baconschweine 35 Złoty pro Sentner Lebendgewicht gezahlt.

† Schlesien (Silesie), 12. Februar. Ein frecher Raubüberfall wurde vorgestern gegen 10 Uhr abends bei dem 78 Jahre alten Karl Nowak in Dworowaska hiesigen Kreises verübt. Zwei unbekannte Männer waren, nachdem sie ein Fenster eingeschlagen hatten, in die Wohnung eingedrungen, überwältigten das alte Ehepaar und raubten 1100 Złoty sowie 40 Reichsmark in Silber. Sie entkamen mit ihrer Beute und werden durch die Polizei gesucht.

Eingeäschert wurden neulich nachmittag Wohnhaus und Stall, unter einem Dache befindlich, des Kleinlandwirts Anton Blażejewski in Tuszynski hiesigen Kreises, wobei zwei Kühe und eine Ziege mitverbrannten. Der Schaden beträgt etwa 3000 Złoty und ist durch Versicherung gedeckt. Die Entstehungsursache ist unbekannt.

a Schlesien (Silesie), 10. Februar. Auf dem Eis in Tlen ist der 15jährige Bronislaw Szamocki, Sohn des Eisenbahners Szamocki eingebrochen. Da keine Hilfe zur Stelle war, ertrank der Knabe.

## Polen's Verlobung mit dem Meere.

### 14. Jahrestag.

Am 10. Februar fanden in verschiedenen Städten Polens aus Anlaß der 14. Wiederkehr des Tages, an dem Polen von dem Norden durch das Verfailler Friedensvertrag zuerkannten Seegebiet der Ostsee Besitz ergriffen hat, besondere Feierlichkeiten statt.

Die Feier im Kino Kolosseum in Warschau, die von der Meeres- und Kolonial-Liga organisiert worden war, hatte eine große Menschenmenge angelockt. Den Festakt leitete der Vorsitzende des Warschauer Bezirksvorstandes der Liga Kamieński mit einer kurzen Ansprache ein, worauf das Orchester die Nationalhymne spielte. Die Festrede hielt der Vizevorsitzende des Hauptvorstandes, General Kawalecki, der einen historischen Rückblick über die polnischen Kämpfe (z. B. der alten Zeit!) um Pommern und das Seengebiet gab und zum Schlusß der Überzeugung Ausdruck gab, daß das Meer für das Leben Polens unentbehrlich sei, unentbehrlich für seine politische und wirtschaftliche Macht sowie seine normale Entwicklung. Mußstücke, Chorgesänge und weitere Ansprachen wechselten einander ab.

Ganz besonders festlich wurde der Jahrestag in Gdingen begangen. Dort wurde zunächst am Sonnabend früh im Kriegshafen von Orla ein Denkmal zur Erinnerung an den Seesieg bei Oliva enthüllt, der bekanntlich unter deutscher Führung erschienen war. Im Unteroffizierskasino fand sodann unter Teilnahme von Vertretern der Behörden eine Festversammlung statt, in der Reden über die Bedeutung des Meeres für Polen gehalten wurden.

## Die Regierung der alten Herren.

### Gaston Doumergue.

Das hätte sich der höchst ehrenwerte und populäre ehemalige Präsident der Republik Gaston Doumergue wohl nicht träumen lassen, daß er noch einmal aus der friedlichen Stille seines Altersaufenthalts in Tournes la Jeuille bei Toulouse herausgescheucht werden würde. Als er vor 2½ Jahren nach Ablauf seiner Amtszeit als Präsident der Republik sich ins Privatleben zurückzog, bezeugte er seinen Willen, nun nichts mehr in der Politik zu tun zu haben, nach außen hin in einer für den Franzosen besonders eindringlichen Form. Der damals 68-jährige verheiratete sich wenige Tage vor dem Ende seiner Präsidentschaft mit Frau Jeanne Graves, der Leiterin einer höheren Töchterschule. Es war dies übrigens die erste Hochzeit, die im Elsass stattgefunden hat. Dieser Schritt und dazu noch die Tatsache, daß Doumergue als Sprößling einer hugenottischen Familie protestantisch ist, haben ihn in der Öffentlichkeit mit einer besonderen Glorie umwoben, auf die es auch zurückzuführen sein dürfte, daß man ihn noch nicht vergessen hatte.

In seinem 71. Lebensjahr kehrt nun Doumergue in die Politik zurück. Er wurde am 1. August 1863 in Lignes-Bives im Département Gard geboren, studierte Rechtswissenschaft, war zunächst Rechtsanwalt und trat dann in den Staatsdienst über, in dem er eine Reihe von Jahren als Beamter in den Kolonien, in Cochinchina und in Algier tätig war. Nach Frankreich zurückgekehrt schloß er sich den Radikal-Socialisten an, als deren Kandidat er 1898 in Nîmes in die Kammer gewählt wurde. Mit 39 Jahren wurde er zum ersten Mal Minister, indem er 1902 im Kabinett Combes das Kolonialministerium innehatte. Dank seiner Gewandtheit gelang es ihm, bereits 1905 Präsident der Kammer zu werden, bis er im März 1906 zusammen mit Poincaré, der damals die Finanzen hatte, im Kabinett Sarriès Handelsminister wurde. Er behielt dieses Amt zunächst auch im Kabinett Clemenceau, das im Oktober 1906 gebildet wurde. In späteren Jahren übernahm er zunächst das Ministerium des Unterrichts und dann der Schönen Künste. Bis zum September 1909 hielt sich das Kabinett Clemenceau, als es aber Briand Platz machen mußte, trat auch Doumergue zurück und ließ sich in den Senat wählen.

Anfang Dezember 1913 wurde Doumergue zum ersten Mal jeller Ministerpräsident. Taillau war in seinem Kabinett Finanzminister, er selbst führte auch das Auktere. Anfang Juni 1914 mußte Doumergue im Zusammenhang mit dem Gesetz über die dreijährige Dienstpflicht zurücktreten. Bei Kriegsausbruch übernahm

Bei dem Kaufmann Belicki, am großen Markt wohnhaft, ist in einer der letzten Nächte eingebrochen und Weinwand gestohlen worden.

Schwere Verlebungen erlitt der Landwirt Joseph Pilarski aus Sulisnowko, Kreis Schwedt, der auf der Chaussee neben seinem Gespann ging und von einem vorbeifahrenden Auto angefahren wurde.

Der heutige Sonnabend-Wochenmarkt war nur mäßig besiedelt und besucht. Der Preis für Butter war ein wenig in die Höhe gegangen, es wurde 1,20—1,30 pro Pfund geahndet. Eier kosteten 1,80 pro Mandel. Es war Kloßholz recht reichlich angefahren, man verlangte 7—9 Złoty pro Meter, eine Einspannfuhrzeuge Spaltholz 5,50—6,00 Złoty.

Stargard (Starogard), 9. Februar. Ein Einbruchsdiebstahl wurde bei dem Kolonialwarenhändler J. Bielencki in der Königerstraf verübt. Den Dieben fielen 40 Złoty Bargeld und verschiedene Lebensmittel in die Hände. Von den Tätern fehlt jede Spur.

† Zempelburg (Sepolno), 12. Februar. Die Oberförsterei Klein-Lutau veranstaltet am Freitag, 16. d. M., im Hotel Polonia eine Brennholzversteigerung aus den Revieren Świdwie, Lutau, Eimiswalde und Kottasheim gegen sofortige Barzahlung.

Auf dem letzten nur schwach besuchten Wochenmarkt notierte man: Butter 1—1,10, Eier 1,10—1,20 die Mandel; Schleie 0,80, Hechte und Barsche 0,70; Enten 3,50—4,50. Auf dem Schweinemarkt wurde Absatzkerl bei größerem Angebot mit 18—25 Złoty pro Paar gehandelt.

Laut amtlicher Bekanntmachung im Kreisblatt ist unter den Pferdebeständen des Besitzers Johann Seehaver in Sitno die Rinde festgestellt worden. Die erforderlichen Sperrmaßnahmen sind angeordnet worden.

Der starke Sturm, der die ganze vergangene Woche in hiesiger Gegend getobt hatte, hat besonders auf dem Lande an Gebäuden, Bäumen und Bäumen großen Schaden angerichtet. So wurden dem Besitzer Adolf Wegner-Ahnen Zempelburg das Dach seines Stalles völlig abgedeckt; dem Gutsbesitzer E. Radtke-Nichor ein Schuppen umgeworfen.

Die Feier am Sonntag wurde durch einen von Bischof Okoniewski zelebrierten Gottesdienst eingeleitet, worauf Marinesoldaten vor den Vertretern der Behörden vorbeimarschierten. Im Kino „Morskie Oko“ fand eine besondere Feier statt, die mit Ansprachen, Gesangs- und musikalischen Vorträgen ausgeschüttet wurde. Auch hier wurde behauptet, daß von dem Verständnis des mächtigen Kämpfers Polens um das Meer und der Einstellung der Bevölkerung zu dem Problem des Gdingener Hafens die weitere Geschichte Polens abhänge.

### Polen verlangt die Übertragung der Danziger Zollverwaltung.

(Von unserem Danziger Mitarbeiter)

Danzig, 12. Februar (Eigene Drahtmeldung). Die Danziger Delegation, die seit dem 8. Februar in Warschau weilte, ist gestern nach Danzig zurückgekehrt, nachdem am Sonnabend in Warschau die vorläufigen Verhandlungen über die bevorstehenden Verhandlungen über Zoll- und Wirtschaftsfragen ihr Ende erreicht hatten. Die polnische Regierung hat die Forderung ihres beim Höheren Kommissar des Völkerbundes am 1. März 1923 gestellten Antrages wieder aufgenommen und verlangt die Übertragung der Danziger Zollverwaltung auf Polen. Die Freie Stadt Danzig fordert Befestigung der Wirtschaftskontrolle, die fälschlich Zollkontrolle genannt werde. Sie wünsche über den Absatz polnischer Erzeugnisse im Danziger Gebiet eine Vereinbarung mit Polen zu erzielen. Die bisherigen Besprechungen lediglich informatorischen Charakter. Die eigentlichen Verhandlungen werden in etwa 10 Tagen beginnen.

Bei Wagen- und Darmbeschwerden, Chunks, Stuhlrägen, Aufblähung, Soddissemen, Aufstoßen, Benommenheit, Schmerz in der Stirn, Brechreiz besteht 1—2 Glas natürliches „Franz-Josef“ Bitterwasser gründliche Reinigung des Verdauungsweges. (343)

## Die anderen Ewig — Gestrigene.

Doumergue erklärte schon bei der Übernahme des Auftrags zur Bildung der Regierung, daß er ein Kabinett von Persönlichkeiten zusammenstellen wolle, die entweder durch die Rolle, die sie im politischen Leben Frankreichs gespielt haben oder durch ihre technischen Kenntnisse sich ausgezeichnet hätten. Man darf die Männer, die Doumergue nunmehr dem Präsidenten der Republik als seine Mitarbeiter vorgestellt hat, also nicht so sehr nach ihrer politischen Parteifarbe als vielmehr nach ihrer Individualität werken. Immerhin ist es zur Einschätzung des Gesamt-kabinetts und zur Voraussicht auf die kommenden Dinge nicht unweisenlich, sich klar zu machen, daß dieses Kabinett von Tardieu bis zu den Neusozialisten reicht und also eigentlich nur Altkonservativen und Kommunisten als Opposition gegen sich hat. Schon das läßt darauf schließen, daß sein Kurs in mancherlei Beziehung von dem, den die letzten französischen Regierungen steuerten, abweichen wird.

### André Tardieu,

der Mann, der sich schon lange für den kommenden Stern in der französischen Politik hält, der aber in flüger Reserve abwartete, bis seine Zeit reif war, ist nun also als Minister ohne Portefeuille in die Regierung eingezogen. Und das mit Recht; denn daß Daladier zurücktrat und Doumergue Platz machte, ist nicht zuletzt das Werk Tardieu, der die Erregung der Volksmassen durch den Stavist-Skandal geschickt in die Richtung gegen die politische Linke zu dirigieren wußte. Tardieu ist der Mann, der eine Verbindung zwischen Politik und Wirtschaft sucht, so wie man das in Frankreich versteht. Vielleicht müßte man, um genau zu sein, die Reihenfolge der Worte umkehren und von Wirtschaft und Politik sprechen. Während des Krieges ging Tardieu in besonderer Mission nach Amerika, ausgerüstet mit einer genauen Kenntnis der Rüstungsaufträge, die der amerikanischen Industrie erteilt worden waren und mit der Option auf neue Aufträge. Es hat dann nicht mehr lange gedauert, bis Amerika an der Seite der Entente in den Krieg eintrat. In Versailles war Tardieu der Adjunkt Clemenceaus. Wenn Clemenceau seine Aufgabe darin sah, Deutschland durch den Friedensvertrag auf die Knie zu zwingen, so hat sich Tardieu es angelegen sein lassen, diese Aufgabe auszuführen.

Der Text des Vertrages von Versailles stammt von ihm. Als Poincaré in die aktive Politik zurückkehrte, wurde Tardieu fast gestellt. Erst als Poincaré 1926 abermals ins Amt kam und die Stabilisierung des Frank durchführte, hat er sich Tardieu genähert. Tardieu wurde erst Minister für öffentliche Arbeiten und Ende 1928 Minister des Innern. Damals hat er einen scharfen Kampf gegen die Kommunisten geführt. 1929 wurde er Ministerpräsident. Seine Amtszeit war nicht lang. In der Opposition hat er sich als der Anwalt der wahren Interessen der französischen Nation aufgespielt. In den letzten Tagen erschien ein Buch von ihm, „Die Stunde der Entscheidung“, in dem er ziemlich einschneidende Vorschläge für die Umbildung des französischen Staatsaufbaus im Sinne autoritärer Führung macht.

### Edouard Herriot

steht nach seiner parteimäßigen Einordnung auf der Tardieu entgegengesetzten Seite. Trotzdem ist er neben ihm als Minister ohne Portefeuille berufen worden, also ohne roßmäßige Verpflichtungen, lediglich als Exponent der politischen Gruppe der Radikalen Partei. Als deren Führer hat er sich immer als Gegner der nationalistisch-reaktionären Bestrebungen auf der Rechten bekannt. Er war ursprünglich Oberlehrer, wurde 1905 Bürgermeister von Lyon, 1916/17 unter Briand Arbeitsminister und hat 1921/22 auf einer Studienreise die ersten Beziehungen zur russischen Ämterregierung angeknüpft. Als Nachfolger Poincarés wurde er am 15. Juni 1924 nach der Wahlniederlage des Bloc National Ministerpräsident und Außenminister, und hat damals zusammen mit Macdonald die ersten Schritte zu einer Verständigung der ehemaligen Alliierten mit Deutschland getan. Er gab auf der Londoner Konferenz die Zustimmung der Räumung des Ruhrgebiets. Herriot hat in der Folge wiederholt als Ministerpräsident oder als Ressortminister an verschiedenen Stellen den wechselnden Regierungen der französischen Republik angehört. Außenpolitisch ist seine Haltung dadurch charakterisiert, daß er sich auf der einen Seite immer stärker Rußland annäherte und seit seiner zweiten großen Studienreise nach der Sowjetunion im Jahre 1933 eifrig für eine Wiederherstellung des französisch-russischen Bündnisses, wie es vor dem Kriege bestand, wirkte, andererseits Deutschland gegenüber eine fühlbare Haltung an den Tag legte. In der Abstimmungsfrage neigt er zu jener Auffassung, die einem Abstimmungsausgleich abgeneigt ist. — Herriot gilt als französischer Interpret Goethes und Beethovens.

### Louis Barthou,

der Außenminister des neuen Kabinetts, gehört ebenfalls zu den Persönlichkeiten, deren politische Physiognomie durch ihre bisherige Tätigkeit scharf geprägt ist. In dieser Regierung, die sich überhaupt nicht gerade eine Regierung der Jugend nennen kann, denn Doumergue ist 1863 geboren, Herriot 1872 und Tardieu 1876, ist Barthou beinahe der älteste. Er wird im August 72 Jahre alt und gehört zu jener Generation der französischen Staatsmänner, deren Denken ganz und gar in der Zeit der Einführung Deutschlands und des Weltkrieges wurzelt. Barthou ist 1889 zum ersten Mal in die Kammer gewählt worden, übernahm 1894 zum ersten Mal ein Ministerportefeuille. Bis März 1913 ist er dann in einer ganzen Reihe von Kabinetten bald als Minister der öffentlichen Arbeiten, bald als Minister des Innern, bald als Justizminister tätig gewesen und wurde im März 1913 in einem für die europäische Lage besonders bedeutsamen Augenblick Ministerpräsident. Er führte damals in Frankreich die dreijährige Dienstzeit durch, verstärkte die Festungen, baute die Luftwaffe aus und war der vertraute Mitarbeiter Poincarés bei der politischen

er das Ministerium des Außen im Kabinett Viviani. Allerdings blieb er nicht lange in diesem Amt. Als bei der Umbildung des Kabinetts in ein Ministerium der nationalen Verteidigung Delcassé das Außen übernahm, siedelte Doumergue wieder in das Kolonialministerium über, in dem er einstmals seine Ministerlaufbahn begonnen hatte. Er behielt dieses Ministerium auch unter Briand bei, mit dem er im März 1917 zurücktrat. Er begab sich dann im besonderen Auftrag nach Russland. 1921 war er noch einmal für kurze Zeit Finanzminister, dann wurde er Präsident des Senates, der wichtigste Posten im parlamentarischen Leben Frankreichs.

Noch einmal lächelte Doumergue das Glück. Als 1924 die Linksparteien durch ihren Wahlsieg den Präsidenten Millerand zum Rücktritt gezwungen hatten, wurde Doumergue von der Nationalversammlung in Versailles am 18. Juni 1924 mit 515 Stimmen zum Präsidenten der Republik gewählt. Er war der zwölftje Präsident der Republik und hat seine siebenjährige Amtszeit bis zum 18. Juni 1931 genau abgemannt.

Durch Tradition und Verfassung ist der Präsident auf seine Repräsentation beschränkt, weshalb er sich in Wort und Schrift der größten Zurückhaltung zu bekleiden hat. Es ist charakteristisch für Doumergue, daß er der erste Präsident der Republik gewesen ist, der sein Amt doch verantwortungsvoller aufgefaßt hat, als es alle seine Vorgänger getan haben. Allerdings fällt sein Aufstreben in die letzte Zeit seiner Präsidentschaft. Am 8. Oktober 1930 hielt er in Brest eine Rede, in der er hervorhob, daß Frankreich weniger denn je an Abrüstung denken könne. Am 8. April 1931 sprach er in Nizza über das gleiche Thema. Seine scharfen Worte für den Abbau der Sicherheitspolitik und gegen den Abbau der Abrüstung bedeuteten eine bemerkenswerte Stellungnahme gegen die Politik Briands. Bei der gleichen Gelegenheit sprach er sich auch gegen das Zollabkommen aus, das damals zwischen Curtius und Schröder getroffen worden war. Die Rede in Nizza wurde allgemein als sein politisches Vermächtnis an die Nation angesehen; denn zwei Monate später trat Doumergue in das Präsidenten zurück. Für seine Beurteilung geben gerade diese beiden Reden einen beachtenswerten Fingerzeig. Das auch der gegenwärtige Präsident, Lebrun, sein Amt offensichtlich so auffaßt, daß er in Notzeiten die Führung übernimmt, ist zweifellos auf das Beispiel zurückzuführen, das Doumergue durch die Führung und die Auffassung seiner Präsidentschaft gegeben hat.

R. K.

Vorbereitung des Weltkrieges. 1919 wurde Barthou Vorsitzender des Friedensausschusses der Kammer, war dann Kriegsminister, Justizminister, Minister für Elsaß-Lothringen, vertrat Frankreich auf der Konferenz von Genua und war von Oktober 1922 bis August 1926 Präsident der Reparationskommission. Er hat damals eine besonders scharfe Tonart gegen Deutschland angeschlagen und gilt auch als einer der Initiatoren der Besetzung des Ruhrgebiets. Barthou ist dann noch einmal Justizminister gewesen.

### Marshall Pétain,

der Kriegsminister, hat bereits das ehrwürdige Alter von 78 Jahren erreicht. Er ist in Deutschland vor allem als der zähe und harte Gegner in der Verteidigung von Verdun bekannt geworden. Als Generalstabschef Nivelle und als dessen Nachfolger im Oberbefehl der französischen Armee hat er den Krieg stets mit stärkstem Materialeinsatz und unter sparsamster Verwendung der Menschenkräfte zu führen versucht. Pétain hat bei der Ausstellung der Waffenstillstands-Bedingungen entscheidend mitgewirkt. Am 19. November 1918 wurde er Marshall von Frankreich. 1925 hat er die Kämpfe in Marokko geleitet und erfolgreich beendet.

### Albert Sarraut,

der im Kabinett Doumergue das Innere übernommen hat, zählt 61 Jahre und ist von Haus aus Advokat. Er gehörte 1900 zum ersten Male als Unterstaatssekretär des Innern einer Regierung an. Später ist er in beständigem Wechsel Unterstaatssekretär im Kriegsministerium, Generalgouverneur von Indochina, Unterrichtsminister, wieder Generalgouverneur von Indochina, Kolonialminister, Botschafter in Ankara, Senator, Innenminister, Marineminister, Kolonialminister und schließlich Ministerpräsident gewesen. Im Jahre 1916, als er das zweite Mal nach Indochina ging, organisierte er dort das Kolonialtruppenwezen und hat im Laufe der Kriegsjahre ungefähr 120 000 Mann an amitische Truppen nach Frankreich geschickt. Sarraut gehört der Radikalen Partei an.

### Pierre Laval,

der künftige Vertreter der französischen Kolonien, ist in Berlin von seinem Besuch bei Brüning her persönlich gut

bekannt. Er ist einer der Männer der jungen Generation, immerhin 50 Jahre alt. Politisch ist er erst nach dem Kriege hervorgetreten, er widmete sich damals fast ausschließlich sozialpolitischen Fragen, für die er in der Kammer als maßgebender Sachverständiger galt. Briand wurde sein Lehrer und aufrichtiger Freund. 1925 übernahm er im Kabinett Tardieu das Ministerium der öffentlichen Arbeiten, 1926 das Justizministerium, 1930 nochmals das Arbeitsministerium und im Jahre 1931 das Ministerpräsidium. B.

steht. Ein Beamter oder Angestellter des Staates oder eines autonomen Gebietes oder einer öffentlichen Stelle, der die litauischen Gesetze sabotiert oder andere dazu beeinflusst, wird mit Zuchthaus bis zu vier Jahren bestraft, ebenso wenn er wirtschaftliche Beziehungen zu Handlungen benutzt, die die Interessen des litauischen Staates schädigen.

Pressevergehen werden bis zu 20 000 Lit oder entsprechender Gefängnisstrafe geahndet. — Herausgeber oder Verfasser eines Druckerzeugnisses, das ganz oder teilweise mit materieller Unterstützung des Auslandes herausgegeben wird oder dessen Veröffentlichung den Interessen des Staates oder des litauischen Volkes entgegensteht, werden mit je 20 000 Lit bestraft. Dieselbe Strafe droht Personen, die an der Spitze einer vom Auslande unterstützten, nicht erlaubten Organisation stehen.

erner sieht das Gesetz verschärzte Bestimmungen über die Zugehörigkeit zu Organisationen und über den Besitz fremder Abzeichen und Verdienstorden vor.

Die Kennzeichnung der strafbaren Handlung unterscheidet der Staatsanwaltschaft der Kownoer (!) Appellationskammer, wobei die Vernehmung durch die Staatsicherheitspolizei oder durch die öffentliche Polizei durchgeführt wird.

## Die Verarmung.

Rückgang des Verbrauchs an Artikeln des ersten Bedarfs.

Ein Rückgang des Verbrauchs von Artikeln des ersten Bedarfs zeugt stets nachdrücklich von der Verringerung der Kaufkraft im Volke. Ein Bild von den Folgen der Krise liefern nachstehende Angaben des Statistischen Hauptamts in Warschau.

Danach ging der Verbrauch von Hefe, der wiederum ausschließlich für den Broterbrauch ist, von 8,767 Tonnen im Jahre 1931 auf 7,965 Tonnen im Jahre 1932 und 6.021 Tonnen im Jahre 1933, also innerhalb der letzten zwei Jahre um 32 v. H. zurück. Auch andere Artikel verzeichneten einen ähnlichen Rückgang. So ging in den Jahren 1931—1933 der Absatz von Petroleum von 185 000 Tonnen auf 118 000 Tonnen und von Streichholzern von 112 000 auf 94 000 Kisten zurück. Der Kohlenverbrauch sank in denselben Jahren von 2 296 000 Tonnen auf 1 817 000 Tonnen, also um 21 v. H., der Tabakverbrauch in derselben Zeit um etwa 30 v. H. (1931 — 635 000 000 Zloty, 1933 — 441 000 000 Zloty).

\*

### Wer ist stärker als der Teufel?

Das in Radomsk erscheinende Blatt „Zycie Robotnicze“ bringt das folgende charakteristische Zeitbild, das von der Podzer „Freien Presse“ weitergegeben wird:

„In der Volksschule in Stemporów fragt der Pfarrer in der Religionsstunde die Kinder: „Wer ist stärker als der Teufel?“

Keines der Kinder kann antworten. Endlich erhebt sich ein kleines Mädchen und sagt: „Der Gerichtsvollzieher.“

„Warum?“ fragt der Geistliche.

„Wir hatten zu Hause eine Ziege, die die Mutter immer bei der Arbeit führte. Mutter sagte schließlich zu ihr: „Geh zum Teufel.“ Aber die Ziege ist nicht zum Teufel gegangen, auch hat der Teufel sie nicht geholt. Erst als der Gerichtsvollzieher kam und sie sah, nahm er sie mit. Da muß er doch stärker sein als der Teufel.“

Der Pfarrer war bestürzt, holte die Lehrer herbei und ließ das Mädchen seine Geschichte nochmals wiederholen.“

## Briefkasten der Redaktion.

P. W. W. 100. Wir glauben nicht, daß Sie Ihren Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung für den zweiten Fall werden durchsetzen können. Tatsächlich haben Sie allerdings, auch wenn die sog. toten Monate, die bei einem Saisonarbeiter zu berücksichtigen sind (in Ihrem Falle die Monate Juni, Juli und August) in Abzug kommen, vom 1. 9. 33 d. h. vom Tage des letzten Berlutes der Beschäftigung auf rückwärts gerechnet, während der letzten 24 Monate mehr als 12 Beitragssmonate aufzuweisen, so daß dem 8. 8 der Verordnung des Wohlbehörden vom 18. 6. 33 keine Bedeutung geschehen wäre, wonach man innerhalb der letzten 24 Monate 12 Arbeits- resp. Beitragssmonate haben muß, um Anspruch auf die Arbeitslosenunterstützung zu haben; aber im Art. 1 des Gesetzes vom 22. März 1933 ist leider eine Bestimmung enthalten, wonach, wenn zwei Perioden der Arbeitslosigkeit von einer Arbeitsperiode durchschritten werden, die kürzer ist als die Wartezeit (nämlich für den Anspruch auf Unterstützung), angenommen wird, daß der Versicherte ununterbrochen, d. h. auch während einer Arbeitszeit, die länger war als 12 Monate, arbeitslos war. Diese Bestimmung hätte für Sie bis zum Erlass der Verordnung vom 18. 6. 33 keine Bedeutung gehabt, da bis dahin die Wartezeit 6 Monate betrug; leider ist aber diese Wartezeit durch die besagte neue Verordnung vom 18. 6. 33 von 6 auf 12 Monate verlängert worden, sodaß der Nachweis der 12 Arbeitsmonate innerhalb der 24 Monate, die für den Anspruch auf eine neue Arbeitslosenunterstützung durch die legale Verordnung gefordert werden, von Ihnen nicht zu erbringen sein dürfte.

Angestellten-Berichtigung. Um von neuem Arbeitslosenunterstützung zu erhalten, müssen Sie nachweisen, daß Sie in den letzten 24 Monaten, von dem Eintritt der zweiten Arbeitslosigkeit rückwärts gerechnet, 12 Arbeits- resp. Beitragssmonate gehabt haben. Das werden Sie nicht können, da die Zeit Ihrer Beschäftigung vom 1. 4. 33 bis 1. Oktober 1933 als Arbeitszeit, d. h. als Arbeitsmonate, nicht angesehen wird, da sie kürzer ist als die Wartezeit für den Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung, die jetzt 12 Monate beträgt. Dagegen ist nichts zu machen. Wir verweisen Sie auf die Auskunft unter P. W. W. 100, in der auf diese Frage näher eingegangen wird.

G. P. Sie brauchen vom 1. 4. 33 ab nur 6 Prozent Zinsen zu zahlen; was Sie bisher zuviel gezahlt haben, können Sie bei den nächsten Zinsraten in Abzug bringen. 8 Prozent könnte der Gläubiger nur verlangen, wenn er vorher mit Ihnen vereinbart hätte, daß, wenn Sie die Zinsen nicht pünktlich zahlen, er einen höheren Prozentsatz nehmen würde. Ein solches Abkommen bleibt bestehen mit der Pflicht, daß die Zinsen nach dem 1. 4. 33 nicht pünktlich bezahlt werden. Über der Höchstzahl der Zinsen darf in jedem Falle 8 Prozent nicht übertroffen. Die Begründung dafür ist, wie gesagt, daß vorher ein solches Abkommen über eine eventuelle Zins erhöhung getroffen worden ist.

B. 00. 1. In der Verordnung vom 9. 5. 33 betr. die Befreiung von Ansiedlern in der Woiwodschaft Posen, die nur einen Besitz bis zu 20 Hektar haben, von der außerordentlichen Vermögensabgabe ist nur allgemein von Ansiedlern die Rente und nicht bloß von jenen, die erst zu polnischer Zeit eine Ansiedlung erworben haben. Wenden Sie sich mit einer schriftlichen Beschwerde an die Pszba Skarbowia, damit Sie eine schriftliche Antwort erhalten. Mit einem bloßen mündlichen Bescheid von einer möglicherweise untergeordneten Stelle ist nichts anzufangen. 2. Ihre drei Nummern sind bisher in keiner Beziehung gesetzt worden. 3. Wenn keine Kinder vorhanden sind, erhält der überlebende Ehemann von dem Nachlass die Hälfte, und es gehören ihm außerdem die zum ehemaligen Haushalt gehörigen Gegenstände und die Hochzeitsgeschenke als Voraus.

G. M. Nr. 120. Wenn die Aufenthaltsgenehmigung nicht erneut würde, müssten Sie Polen verlassen und hätten eventuell Strafe und Zwangsausbau transport zur Grenze zu erwarten.

G. K. 44. 1. Verzugszinsen können beansprucht werden vom Tage der Einreichung der Klage (10 Prozent). 2. Vor einem Bezugsvorfall ist keine Rente. 3. Von der fraglichen Hypothek vom Jahre 1911 (oder 1913) können nur 6 Prozent verlangt werden.

## Der Arbeitsdienst will Vineta freilegen.

Im Rahmen der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ist der Plan aufgestellt worden, die in einer Januarnacht des Jahres 1862 bei einer Sturmflut ins Meer gesunkene friesische Stadt Rungholt, die von Sand und Schlick bedeckt ist, freizulegen. Vor fast 18 Jahren wurden die ersten Spuren der Ruinen dieser Stadt, die auch als das sagenhafte Vineta gilt, gefunden. Mit Rungholt sind seinerzeit 1800 Häuser eines ganzen Kirchspiels und 22 Kirchen in den Fluten der Nordsee versunken. 7000 Menschen sind dabei umgekommen. Im Laufe der Zeit hatte man Funde künstlerischer Gefäße und Gebrauchsgegenstände gemacht, die das kulturelle und wissenschaftliche Interesse an der versunkenen Stadt sehr stark werden ließen.

### Berlängerung der Gründungssperre für Zeitungen.

Wie aus Berlin gemeldet wird, hat der Präsident der Reichspressekammer, Amann, eine Verordnung erlassen, durch die die Frist, während der Zeitungen und Zeitschriften nicht begründet werden dürfen, vorläufig bis zum 30. September 1934 verlängert wird. Ausnahmen können im Einzelfalle auf begründeten Antrag vom Präsidenten der Reichspressekammer bewilligt werden.

### Max Sklarek ist gestorben.

Wie erst heute bekannt wird, ist Max Sklarek, der älteste der drei Brüder, mit deren Namen der größte Skandal der Berliner Ortsgeschichte verbunden ist, an einem Herzleiden gestorben. Max Sklarek wurde vor Gericht nicht zur Verantwortung gezogen, weil er schon damals schwer erkrankt und nicht verhandlungsfähig war.

### Verbot der „Ersten Bibelforscher“ in Preußen.

Der preußische Innenminister hat auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat die Internationale Bibelforscher-Vereinigung einschließlich ihrer sämtlichen Organisationen im Gebiete des Freistaates Preußen aufgelöst und verboten, weil sie unter dem Deckmantel angeblich wissenschaftlicher Bibelforschung eine unverkennbare Hebe gegen die staatlichen und kirchlichen Einrichtungen betrieben haben. Das Vermögen ist beschlagnahmt und eingezogen. Ähnliche Anordnungen sind auch in einem Teil der übrigen deutschen Länder bereits ergangen.

## Ausnahmegesetz für das Memelgebiet.

Der litauische Staatspräsident hat mit sofortiger Wirkung das seit längerer Zeit vorliegende „Gesetz zum Schutz von Volk und Staat“ erlassen, durch das die bisherigen Bestimmungen ergänzt und verschärft werden. Wie wir bereits gestern meldeten, haben die Signatarmähte der Memelkonvention wegen dieser Maßnahmen im Kownoer Außenministerium vorgesprochen. In dem aus 38 Paragraphen bestehenden Gesetz heißt es u. a.:

Wer das litauische Volk, den Staat oder die staatlichen Hoheitszeichen beleidigt oder verächtlich macht, wird mit Gefängnis oder Zuchthaus bis zu vier Jahren bestraft. Wer die staatliche Zuverlässigkeit der litauischen Staatsangehörigen, ihre Einigkeit oder ihr Nationalbewußtsein einschlägt oder schwächt, wird mit Gefängnis bestraft, und wenn ein solches Vergehen von Beamten oder Angestellten des Staates und seines autonomen Gebietes oder Organen des öffentlichen Rechtes unter Einsatz der amtlichen Befugnisse begangen wird, so erfolgt Bestrafung des Beamten bis zu vier Jahren Zuchthaus.

Zuchthausstrafe droht litauischen Staatsangehörigen, die mit ausländischen Stellen oder Organisationen Beziehungen unterhalten, durch die die staatliche Zuverlässigkeit in Frage gestellt wird. Die gleiche Strafe trifft litauische Staatsangehörige, die einer ausländischen Organisation angehören, deren Tätigkeit nicht in Einklang mit den Interessen Litauens

### Mütter nicht warten lassen!

Der preußische Minister des Innern weist in einem Rundschreiben ausdrücklich darauf hin, daß Mütter von kleinen Kindern beim Besuch von Behörden nach Möglichkeit bevorzugt behandelt werden. Es entspricht nicht der gebotenen Achtung vor der Stellung der Mutter, die in einem Haushalte mit kleinen Kindern nur schwer abkömmlich ist, sie erst nach stundenlangem Warten abzufertigen.

\*

### Göring — Gnadeninstanz für Preußen.

Der Reichskanzler hat durch Erlass von der ihm durch den Reichspräsidenten überlassenen Ermächtigung Gebrauch gemacht, das auf den Reichspräsidenten übergegangene Begnadigungsrecht anderen Stellen zu übertragen. Der Kanzler hat die ihm zustehenden Befugnisse im Begnadigungsrecht, ebenso auch das Recht der Beamtenbesetzung für das Gebiet Preußen auf den preußischen Ministerpräsidenten Göring übertragen und den Ministerpräsidenten ermächtigt, die Befugnisse weiter zu übertragen.

\*

# Wirtschaftliche Rundschau.

## Frankreich kündigt den Handelsvertrag mit England.

Paris, 18. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Die französische Regierung hat in London eine Note überreichen lassen, in der sie erklärt, sie betrachte mit dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des von englischer Seite angekündigten Repressalien, also vom 12. Februar Mitternacht ab, das französisch-englische Handels- und Schiffsverkehrs-Abkommen vom 28. Januar 1826 und das englische Handels- und Schiffsverkehrs-Abkommen vom 28. Februar 1882 als gekündigt. Diese Kündigung wird sich infolge der dreimonatigen Kündigungsfrist erst vom 12. Mai ab voll auswirken.

Ein langer, mit viel Erbitterung und unaufhörlichen gegenseitigen Schikanen geführter Kampf um wirtschaftliche Machtpositionen hat damit erst jetzt seine offizielle Ablösung gefunden, obwohl er nach Völkerbundmauer in Wirklichkeit schon seit Monaten bestand. Der Ausbruch des französisch-englischen Handelskrieges, dessen Ursprungsdatum sehr weit zurückliegt, weist gleichzeitig auf die Verschiebung der politischen Machtpositionen hin, die im Hintergrund dieser wirtschaftlichen Gegensätze stehen. Es sind zwar veraltete Abkommen, die die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden großen Alliierten des Weltkrieges geregelt haben, aber diese veralteten Beziehungen kennzeichnen die äußere und innere Mentalität beider Länder, die aus traditionellen Gründen hinter der politischen und wirtschaftspolitischen Entwicklung der Gegenwart zurückbleiben, an etwas festhalten, was dem Egoismus vergangener Jahrzehnte voll entsprach — heute aber alles geschichtliches Eisen ist.

Außere Brüche wirtschaftspolitischer enger Beziehungen weisen stets darauf hin, daß irgend welche politischen und volkswirtschaftlichen Umgestaltungen in den Beziehungen zweier Länder, sowohl im Innern wie nach außen hin, eingetreten sein müssen. Zeit nach der offiziellen wirtschaftspolitischen Kündigung einer Freundschaft, die entstanden war zum Verderben eines Dritten, die jedoch im Innern nie einen rechten Grad der Freundschaft zweier Völker, sondern den Zweck der eigenen Vorherrschaft trug, kann erwarten werden, daß langsam das Zeitalter anbricht, welches der Geschichte der Beziehungen dieser beiden Länder, nämlich der Geschichte der ewigen Gegensäte, entspricht.

## Der Fruchtmarkt in Polen.

Offizielle Wirtschaftskreise hatten seit längerer Zeit schon die Absicht, den polnischen Südfruktihandel von den ausländischen Märkten dadurch unabhängig zu machen, daß sie sogenannte Fruchtauktionen nach dem Muster der in London, Liverpool, Rotterdam, Hamburg oder Kopenhagen stattfindenden Auktionen einrichteten. In Verbindung damit werden ja auch in nächster Zeit in Gdingen einige Auktionen stattfinden, um vor allen Dingen die polnischen Importeure von den deutschen Großhandelsfirmen unabhängig zu machen. Dieses Vorgehen genießt die eifige Unterstützung des Ministers für Handel und Gewerbe Barzycki, der vor einigen Tagen bereits eine Konzession zur Eröffnung zweier Großhandelsstellen für Südfrüchte in Gdingen erteilt. Die eine Konzession erhielt die bereits bekannte Firma "Aukcja Owocowa Sp. z o. o. w Gdyni", die andere die Firma "Baltycka Aukcja Owocowa". Hierbei ist zu bemerken, daß die Regierung zwei Typen von Auktionen berücksichtigt hat, und zwar die kaufmännische Auktion und die Maklerauktion. Die Maklerauktion hat Kommissionsgeschäfte zu erledigen, die kaufmännische Auktion macht außer den Kommissionsgeschäften noch Geschäfte auf eigene Rechnung. Die "Aukcja Owocowa" soll den Charakter einer kaufmännischen Auktion haben, die "Baltycka Aukcja Owocowa" hat das Maklerstil angenommen.

Der durch die Auktionen kontrollierte öffentliche Verkauf von Südfrüchten würde rein organisatorisch verlaufen: 1. Die Vermeidung ausländischer Vermittler, 2. die Unabhängigkeit von ausländischen Auktionen, 3. die Hebung der Güte der Früchte durch spezielle Verpackung und Sortierung, 4. die Festsetzung anständiger Preise, 5. die Organisation der Sortierung, Verpackung usw., 6. die Schaffung einer Stelle, welche die ausländischen Fruchtkäufer zusammenkommen läßt. Die Auktionen werden in Gdingen unter behördlicher Kontrolle, sowie unter der Kontrolle der entsprechenden Berufsvverbände stehen. Um den Auktionen den Charakter einer öffentlich-rechtlichen Einrichtung zu geben, wird der Regierungskommissar die getätigten Verkäufe prüfen. Den importierenden Kaufleuten werden Einfuhrkontingente zugestanden werden, ferner sollen die Auktionsunternehmen das Recht haben, Abdrücke von Urkunden zu erlangen, welche dann von den zuständigen Handels- und Gewerbeämtern bestätigt werden. Bei Berücksichtigung der genannten Aufgaben der Fruchtauktionen kann man sagen, daß sie eine gewisse Ordnung in die Südfruktbranche Polens bringen und auch gleichzeitig den Fachleuten Gelegenheit geben, sich in größerem Maße als bisher zu bewähren. Inzwischen Polen dadurch von ausländischen Mittelsmännern in dieser Branche unabhängig wird, ist hinsichtlich der für Polen gänzlich neuartigen Einrichtungen auf diesem Gebiete noch nicht zu beurteilen.

## Die Ausnutzung der Getreidelombardkredite in Polen.

Die Getreidelombardkredite sind bekanntlich ein wichtiges Instrument der politischen Getreidepolitik. Ihre wirtschaftliche Wirkung beruht auf der Bindung gewisser Getreidemengen in den Nachtemonaten, um ein Überangebot am Markt zu verhüten.

Bis Ende Dezember 1933 betrug die Gesamtsumme der Kredite, die gegen Verpfändung von Getreide, sowie als Vorschuskredite an kleinere Landwirte erteilt wurden, 24,3 Mill. Zloty.

Der stärkste Kreditbedarf wurde im Dezember 1933 verzeichnet. In diesem Monat, dem ersten nach vollständig durchgeföhrter Ernte, wurden Kredite in Höhe von 11,5 Mill. Zloty erteilt. Die Getreidemengen, die durch Lombardkredite gebunden sind, betragen gegenwärtig:

Weizen	124 892 Tonnen
Roggen	140 884 "
Serfe	27 584 "
Hafer	10 082 "

Insgesamt 338 442 Tonnen.

Im Januar begann die Rückzahlung der Lombardkredite. Im laufenden Erntejahr kann man im Vergleich zum Jahre 1932/33, in welchem die Gesamtsumme der erteilten Lombardkredite 16 Mill. Zloty betrug, eine wesentlich bessere Anspruchnahme dieses Kredites feststellen; die Steigerung beträgt rund 8 Mill. Zloty.

Standardisierung von Flachs und Hanf in Polen. Wie aus Warschau verlautet, beschäftigt sich das polnische Handelsministerium unter Beteiligung des Ministeriums für Landwirtschaft und Agrarreform mit der Ausarbeitung von Standardisierungsvorschriften für Hanf und Flachs. In dieser Frage fand am 8. Februar in Wilna, an der Stätte der Produktion, eine Besprechung statt. An dieser Konferenz nahmen sämtliche interessierten Organisationen, darunter der Flachsverein in Wilna, der Verband für Flachshandel und Flachsexport in Wilna, die Flachsbrüder in Wilna, verschiedene Textilfabriken aus dem Podlager und Bieliger Bezirk, die Flachsgenossenschaft in Wilna, usw., teil. Die Ergebnisse dieser Konferenz sollen die Grundlage für die weiteren Arbeiten in dieser Frage bilden.

Der Kunstdüngerabsatz in Polen. Auf Grund der Angaben des polnischen Instituts für Konjunkturforschung haben vom 1. Mai bis zum 1. November 1933 die stickstoffhaltigen Kunstdüngemittel eine Abschmälerung von 8,6 Prozent erlitten, während Phosphatkörper einen um 9,8 Prozent gestiegerten Absatz verzeichnen konnte. Trotz der verringerteren Einfuhr von Diamonschliff klagt der Verbrauch der übrigen Düngemittel um 39,8 Prozent. Der Gesamtwert des abgesetzten Kunstdüngers betrug in der Berichtszeit 17,6 Millionen Zloty, gegen 16,4 Millionen Zloty im gleichen Zeitraum des Vorjahrs.

# Die Gezeiten des Goldes.

Das gelbe Metall strömt von Europa nach Amerika.

Auch unter den verhältnismäßig ausgewogenen Wirtschaftszuständen der Vorkriegszeit haben Goldbewegungen von Land zu Land stattgefunden. Aber im wesentlichen handelte es sich dabei darum, die durch den Warenverkehr unbekümmert gebliebenen Spesenbeträge der Zahlungsbilanz zu transferieren. Am ganzen vollen Zolltag sah der Vorgang so, daß die Nachweisungen über die Goldbestände in den verschiedenen Ländern das Bild eines rhythmischen An- und Abschwungs boten.

Die Zeit nach dem Kriege, in der alle überkommene wirtschaftliche Ordnung außer Rand und Band geriet, brachte dann Sturmfluterscheinungen in die internationale Goldbewegung. Die riesenhaften Tributzahlungen der unterlegenen Völker an die Siegermächte, aber auch die Zahlungen der europäischen Alliierten an Amerika für geliefertes Kriegsmaterial lenkten den Strom des Goldes nach Frankreich, dem Hauptzweck der Tribute, und nach New York. Es war eine durchaus einseitige Bewegung, die sich hier vollzog. Die Tribute waren überhaupt ohne Gegenleistungen zu entrichten, und die Gegenwerte, die Amerika für die ihm von den Alliierten zustehenden Goldzahlungen geleistet hatte, waren nicht in Gestalt von Gütern oder Investitionen in die europäische Wirtschaft gelöscht, sondern waren auf den Schlachtfeldern in Schall und Rauch aufgegangen.

Der wirtschaftliche Globus hatte unter der Wirkung dieser einseitigen Goldbewegungen seine Gestalt völlig verändert.

Es war, als wenn die Wassermassen der Ozeane etwa im Atlantik und im Pazifik durch einen außerordentlichen Einfluß des Mondes auf die Gezeiten zu gewaltiger Höhe angehoben wären und so die Gestalt der Erde deformat hätten. Es sind im Verlauf der letzten Jahre kleine Korrekturen an diesem ungewöhnlichen Zustand eingetreten, aber noch heute sind 34 Prozent des gesamten monatlichen Goldbestandes der Erde in den Händen der Vereinigten Staaten von Amerika und 25 Prozent in den Händen der Bank von Frankreich.

Und nun hat eine neue

### Gezeitenbewegung des gelben Metalls

eingesetzt. Nicht etwa ein Rückfluss in die leicht gewordenen Wirtschaftszonen der Länder, die seinerzeit ihre Goldbestände nach Frankreich und, direkt oder indirekt, nach Amerika abgeben mußten, sondern das Gold strömt von neuem von Europa nach den Vereinigten Staaten. Allerdings sind es diesmal die mit starken Goldbeständen gepolsterten Länder, vor allem Frankreich, England und auch Holland, die nach den Vereinigten Staaten abheben. Die Ursache ist diesmal eine ganz andere als in den Jahren unmittelbar nach dem Kriege. Sie liegt in der Währungspolitik Roosevelts und in dem zähen aber erbitterten Kampf, der auf währungspolitischem Gebiet zwischen ihm und England ausgefochten wird.

Das A und O der aktiven Konjunkturpolitik Roosevelts ist der Glaube, daß eine Steigerung des Preisniveaus die gelähmte Wirtschaft wieder beleben müsse. Da er keine Mittel hat, um diese Preiserhöhung von der Seite der Nachfrage her zu erreichen, und da auch alle Versuche, eine Produktionsabnahme, also eine Verknappung des Angebots, in wirtschaftlichem Umfang durchzuführen scheiterten, blieb ihm nur der eine Weg: Abwertung des Dollars. Dem einfachen Menschenverstand erscheint dieses Mittel etwas kurios. Er ist gewöhnt, das Gold als Wertmaßstab anzusehen. Es ist deshalb nicht nur anschaulich, sondern in gewissem

### Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Bekanntgabe im "Monitor Polki" für den 13. Februar auf 5,9244 Zloty festgestellt.

Der Zinssatz der Bank Polki beträgt 5% der Lombardzins 6%.

Der Zloty am 12. Februar. Danzig: Ueberweisung 57,74 bis 57,86, 57,76—57,88. Berlin: Ueberweisung gr. Scheine 46,875 bis 47,275. Prag: Ueberweisung —. Wien: Ueberweisung 79,15. Paris: Ueberweisung —. Zürich: Ueberweisung 58,05. Mailand: Ueberweisung —. London: Ueberweisung 27,12.

Warschauer Börse vom 12. Februar. Umlauf, Verkauf — Rau. Belgien 123,60, 128,91 — 123,29. Belgrad —, Budapest —, Bulgaristan —, Danzig 172,85, 173,28 — 172,42. Helsinki —, Spanien —, Holland 256,65, 357,55 — 355,75. Japan —, Konstantinopel —, Copenhagen —, London 27,08, 27,22 — 26,94. New York 5,394, 5,42 — 5,37. Oslo —, Paris 34,93, 35,02 — 34,84. Prag 26,15, 26,21 — 26,09. Niaga —, Sofia —, Stockholm 140,10, 140,80 — 139,40. Schweiz 171,50, 171,93 — 171,07. Tallin —, Wien —, Italien 46,69, 46,81 — 46,57.

Freihandelskurs der Reichsmark 209,65.

Berlin, 12. Februar. Amtl. Devisenkurse. New York 2,532—2,538. London 12,745—12,775. Holland 167,93—168,27. Norwegen 64,04 bis 64,16. Schweden 65,73—65,87. Belgien 58,17—58,29. Italien 21,93 bis 21,97. Frankreich 16,44—16,48. Schweiz 80,72—80,88. Prag 12,44 bis 12,46. Wien 47,20—47,30. Danzig 81,32—81,48. Warschau 47,075—47,275.

Die Bank Polki zahlt heute für: 1. Dollar, gr. Scheine 5,35, db. kleine 5,34. Kanada 5,28. 31. Sterling 26,95. 31. 100 Schweizer Franken 170,99. 31. 100 franz. Franken 34,83. 31. 100 deutsche Mark 208,20. 31. Goldmark 212,34. 31. 100 Danziger Gulden 172,34. 31. 100 tschech. Kronen —. 31. 100 österreich. Schillinge 97,50. 31. holländischer Gulden 355,60. 31. Belgisch Belgas 128,24. 31. ital. Lire 46,54. 31.

Freihandelskurs der Reichsmark 209,65.

Berlin, 12. Februar. Amtl. Devisenkurse. New York 2,532—2,538. London 12,745—12,775. Holland 167,93—168,27. Norwegen 64,04 bis 64,16. Schweden 65,73—65,87. Belgien 58,17—58,29. Italien 21,93 bis 21,97. Frankreich 16,44—16,48. Schweiz 80,72—80,88. Prag 12,44 bis 12,46. Wien 47,20—47,30. Danzig 81,32—81,48. Warschau 47,075—47,275.

Die Bank Polki zahlt heute für: 1. Dollar, gr. Scheine 5,35, db. kleine 5,34. Kanada 5,28. 31. Sterling 26,95. 31. 100 Schweizer Franken 170,99. 31. 100 franz. Franken 34,83. 31. 100 deutsche Mark 208,20. 31. Goldmark 212,34. 31. 100 Danziger Gulden 172,34. 31. 100 tschech. Kronen —. 31. 100 österreich. Schillinge 97,50. 31. holländischer Gulden 355,60. 31. Belgisch Belgas 128,24. 31. ital. Lire 46,54. 31.

### Produktionsmarkt.

Amtliche Notierungen der Bromberger Getreidebörsen vom 13. Februar. Die Preise laufen Varität Bromberg (Waggonsladungen) für 100 Kilo in Zloty:

#### Transaktionspreise:

Roggen	990 to	45 to	30 to	14 75
				14 68%
				14,65

#### Richtpreise:

Weizen	17,50—18,00	Bundflee	90,00—110,00
Roggen	14,50—14,75	Rie. gelb,	
Gerste 695—705 kg	14,50—15,00	in Schalen	30,00—35,00
Gerste 675—685 kg	14,00—14,50	Tymohtflee	25,00—30,00
Braunerste	15,25—16,00	Ranatas	44,00—50,00
Hafer	11,75—12,00	Infarnatflee	—
Saathafner	12,25—12,75	Seni	33,00—35,00
Roggenmehl (65%)	19,50—21,00	Weizen u. Roggen	
Weizenmehl (65%)	26,75—29,00	Stroh, lofe	
Weizenkleie	11,00—11,50	Weizen- u. Roggen	
Weizenkleie (grob)	11,50—12,00	Hafer- und Gersten	
Roggentreit	9,75—10,50	Stroh, gepréht	
Wintertraps	44,00—45,00	Hafer- und Gersten	
Sommerwilde	14,50—15,50	Heu, lofe	
Pelzchen	14,50—15,50	Hafer- und Gersten	
Vittoriaerbien	23,00—26,00	Heu, gepréht	
Folgererbien	20,00—22,00	Heu, gepréht	